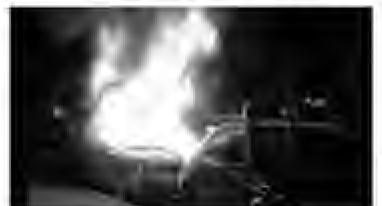



Nr. 157 // Juli / August 2010

# the bright side of life!









**Wenn alles getan ist:**

## Teeservice Autonom

incl. Grillanzünder und Prisma

Liebe Zecken,
wir sind begeistert: Nun ist doch noch der Sommer ausgebrochen und dieser ist bekanntlich die Jahreszeit der kleinen und gemeinen Sauger. Fürs erste erwartet euch ein gut gefülltes Heft. Besonders ans Herz legen wollen wir euch einen Beitrag von einigen Ehemaligen aus der RAF zur Position keine Aussagen zu machen. Da aufgrund verschiedener Aktionen in Hamburg nach wie vor mit einer größeren Hausdurchsuchungswelle zu rechnen ist und aktuell eine massive Extremismuskampagne gegen linksradikale Politik angelaufen ist, besitzt er eine größere Aktualität als uns lieb ist. Kriminalisiert werden dabei nicht einzelne Aktionen, sondern vor allem unsere Inhalte und politischen Vorstellungen. Wir finden wichtig, dass ihr euch von den aktuellen Drohkulissen nicht einschüchtern oder verunsichern lasst! Dreckig bleiben, zu Hause ab und zu aufräumen, Handys öfter mal abschalten, Prisma lesen, nicht nervös machen lassen und in Bewegung bleiben. Gelegentlich mit Freund_innen etwas frische Luft um die Nase hält fit und gesund! Gelegenheit dazu gibt es z.B. auf der Antirepressionsdemo am 24.07. ab Landungsbrücken die im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Lost in Repression" stattfindet.

Erreicht hat uns auch ein Text des "Revolutionären 1. Mai Bündnisses" zur Stellungnahme der Roten Flora. Der Text enthält eine Mischung aus Rechtfertigung, sich in die Opferrolle begeben, allgemeines Flora (und insbesondere des Plenums) Gedisse und einige Unwahrheiten und Falschdarstellungen in diesem Zusammenhang, die wir nicht kommentieren und deshalb auch nicht weiter verbreiten wollen. Daher drucken wir den Text nicht ab. Wer ihn lesen will, sei auf die Homepage des Sozialforums Eimsbüttel verwiesen. Dort finden sich auch weitere Traktate zum Kreuzzug gegen echte und vermeintliche Antideutsche und die historische Notwendigkeit der Verhinderung von "Warum Israel".

Einen Satz wollen wir dennoch zitieren. Im Zusammenhang der Innenministerkonferenz erklärt das "1. Mai Bündnis": "Wir sind gerne bereit zu Gesprächen mit allen Teilen der Flora, schon damit die Vorbereitung der Aktionen der Innenministerkonferenz (IMK) nicht zur Katastrophe wird".
Gespräche oder gar irgendwelche "parallelen Strukturen" mit Sol oder Sozialforum Eimsbüttel machen für uns keinen Sinn, solange sich diese nicht von der Verhinderung der Vorführung des Filmes "Warum Israel" öffentlich distanzieren. Es entspricht aber dem Selbstbild und der Selbstüberschätzung dieser Gruppen, dass sie offensichtlich davon überzeugt sind die No-IMK Vorbereitung müsse zu einer Katastrophe werden, weil sie nicht dabei sind.

Wir können weder für die Flora, noch für die IMK-Vorbereitung sprechen. Aber wir sind uns sicher, dass die beteiligten Gruppen das alles wunderbar organisiert bekommen und wir im November eine riesige Sause und bundesweite Mobilisierung erleben werden. Wir freuen uns ebenso darauf, wie auf das Schanzenviertelfest am 4. September, welches Bezug auf dieses Ereignis nimmt und "Recht auf Stadt" und die Situation der Roten Flora zum Schwerpunkt hat.

laue Sommernächte wünscht
die redaktion

P.S.: Eine Diskette war nicht zu öffnen und es lag kein Auzug bei (das könnte an Linux- oder Mac-Formatierungen liegen).
Brennt Eure Dokumente bitte Plattform unabhängig und in einem offenen Format (z.B. rtf-Datei)

## Inhalt






## Impressum


V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20  48 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote    ora, Schu terb att 7  , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike  auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike  im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im   örderabo für   0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. “Zur-Habe-Nahme” ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!).

Eigendruck im Se bstver ag.

## LinuxCafe

Interesse am Thema OpenSource, freier Software, Umsonstökonomie und Commons? Jedesmal ein schlechtes Gewissen, wenn der Computer startet und Wind*ws grüßt, der Umstieg auf freie Software jedesmal vertagt wird, weil der Aufwand zu groß scheint? Und: Kein sozialer Ort zum Austausch und gegenseitiger Hilfe? Das soll anders werden!
Rechtzeitig zum Sommer eröffnen wir das LinuxCafe im centro sociale. Es soll nicht nur um Linux gehen (aber irgendein bekanntes Wort wollten wir dann schon im Namen haben). Hier sind alle willkommen: Hardcore Nerds, die ihren Toaster auf Linux umstellen, Leute mit Fragen oder interessanten Projekten, die schon längst mal disktutiert werden sollten oder einfach Leute, die ihr Bierchen gerne im Umfeld einer technik-affinen Subkultur geniessen. Vorbeischauen lohnt also. Mitmachen erst recht!
Jeden ersten Montag im Monat im
centro sociale ab 19 Uhr.

..........................................................................

## CRITICAL MASS

Wieder mehrspurig radeln!

Wir wollen uns keine maroden Geh- und Fahrradwege mit Fußgängern teilen. Unsere Stadt ist eine Präsentationsmeile für Luxuskarossen und wer sein Fahrrad als gleichwertiges Verkehrsmittel begreift riskiert auf Hamburgs Straßen jeden Tag sein Leben. Wo Verkehr ist, gibt es gibt es Stau, wo die Straße ausschließlich den Autos gehört gibt es tote Radfahrer. Lasst uns die Frage stellen wie COP15, steigende Ticketpreise und einseitige Hamburger Verkehrspolitik zusammenpassen. Jeden 1. Freitag im Monat 17 Uhr Neue Große Bergstraße

---------------------------------------------------

## HWP besetzt!

Die HWP ist seit 13:27 Uhr von Studierenden besetzt. Die studentische Vollversammlung heute Mittag, stimmte mit großer Mehrheit für einen Streik. Das gesamte Fakultätsgebäude des Fachbereichs Sozialökonomie (ex-HWP) der Universität Hamburg ist besetzt. Nach dem ersten Besetzungsplenum schlossen sich die Studierenden direkt dem Demonstrationszug zum Rathausmarkt an. Dort wurde eine Sitzung des Wissenschaftsausschusses besucht und eine Satireaktion für die Schulreform unterstützt.
Ein zentraler Punkt der Proteste ist die Frage, wohin die Uni 800.000,- Euro Studiengebühren verschlampt hat. "Erst zokken sie uns die Studiengebühren ab und dann wissen sie nicht mal mehr, wo sie sie hingelegt haben. Es wird Zeit, dass der Blödsinn wieder aufhört und Studiengebühren abgeschafft werden.", äußerte sich eine Studentin. Für großen Unmut sorgt auch das Streichen von Tutorien. Die Verwaltung führt Mittelknappheit als Grund für die Streichungen der Lerngruppen an und bittet die Studierenden um Mithilfe bei der Auswahl der zu erhaltenden Tutorien. Dazu ein Student: "Wir sollen uns doch gar keine Gedanken machen, welche Tutorien erhalten bleiben. In Wirklichkeit werden wir doch aufgefordert uns auszusuchen, welche Tutorien gestrichen werden. Das dürfen wir nicht mitmachen! Wir brauchen mehr Geld für Bildung!".
(Quelle: indymedia, 08.06.10)

---------------------------------------------------

## Freispruch in Belgrad

Alle sechs Angeklagten in dem serbischen Gerichtsverfahren gegen Mitglieder der Anarchosyndikalistischen Initiative wurden am 16. Juni 2010 von sämtlichen Vorwürfen freigesprochen.
Das Oberste Gericht sah es als nicht bewiesen an, dass auch nur eine/r der "Belgrader 6" irgendetwas mit dem missglükkten Brandanschlag auf die griechische Botschaft in Belgrad im August 2009 zu tun gehabt hätte. Der Freispruch sei daher aus juristischen Gründen erfolgt und nicht aus politischen.
Die Gewerkschafter/innen der ASI-IAA waren zunächst sogar wegen "Internationalem Terrorismus" angeklagt und für sechs Monate unter Kontaktsperre in Untersuchungshaft festgehalten worden, bevor die Anklage im März 2010 aus Mangel an Beweisen in "Verursachung öffentlicher Gefahr" umgewandelt worden war. Die Staatsanwaltschaft hat nun eine Woche Zeit in Berufung zu gehen, aber aufgrund der internationalen Solidaritätskampagne und des großen öffentlichen Interesses in Serbien wird in diesem Fall keine weitere Repression erwartet. Allerdings bemühen sich die Freigesprochenen nun um Entschädigungszahlungen für die insgesamt mehr als 1.000 Tage Untersuchungshaft, die die sechs erleiden mussten. Sie wollen nun ein Buch zu den Details dieses politisch motivierten Gerichtsverfahrens herausgeben.
Darüber hinaus sind drei weitere Mitglieder der Anarchosyndikalistischen Initiative aus Vrsac von staatlicher Repression betroffen, weil sie mit ihrem Transparent "Freiheit für die gefangenen Anarchist/innen" die Justiz behindert hätten. Auch der kroatische Genosse, der im Gericht das Plakat "Anarchismus ist kein Terrorismus" hochgehalten hatte, wird weiterhin vom serbischen Staat verfolgt. Da sein Pass eingezogen wurde, kann er seit Februar nicht wieder nach Hause zurückkehren. Außer der staatlichen Verfolgung müssen die Anarchosyndikalist/innen in Serbien sich auch gegen Angriffe von Neonazis zur Wehr setzten, wie zuletzt bei den Überfällen am 14. und 22. Mai 2010 (Quelle:indymedia)

---------------------------------------------------

## TAKE THAT -
## Denn dies ist auch unsere Stadt

St. Pauli: Ex-Erotic Art Museum in der Bernhard Nocht Strasse besetzt.

Dieser Raum ist besetzt. Er ist besetzt von uns, die von der "Wachsenden Stadt" Hamburg ausgeschlossen werden. Besetzt von denen, die in ihr wohnen, arbeiten, feiern: hier leben. Besetzt von uns allen, die keine Ruhe geben werden.

Wir sind heute hier, an diesem Ort, weil die Entwicklung um das so genannte Bernhard-Nocht-Quartier ein Beispiel für die städtische Politik ist, die die fortschreitende Verdrängung der hier lebenden Menschen fördert. Hier, in diesem Viertel, wo bezahlbarer Wohnraum knapp ist, steht ein komplettes Gelände nahezu leer. Ein wenig sozialer Wohnungsbau darf erhalten bleiben. Der Rest wird in überteuerte Mietwohnungen überführt. Eigentumswohnungen werden hier entstehen, die sich nur eine kleine Schicht der Gesellschaft werden leisten können. Hier soll eine weitere matte Perle in einer überteuerten Kette entstehen, mit der sich die Stadt Hamburg schmücken will.

Dieser Spirale der Ausgrenzung wollen wir uns entgegenstellen. Diese Stadt kotzt uns an, mit ihren Eigentumswohungen, den luxussanierten Mietwohungen, mit ihren Ausschlüssen, die sie tagtäglich produziert, den Prestigeobjekten, wie die gerade befeierte Elbphilharmonie, der Privatsierung und Kommerzialisierung des öffentlichen Raums, ihrer Überwachung durch Videokameras und Kontrollen durch sog. Sicherheitsdienste und der verstärkten Polizeipräsenz. Diese Stadt ödet uns an, mit ihrer geplanten Langeweile durch einförmige Architektur und genormten Konsummeilen. Und trotzdem ist es auch unsere Stadt. Wir sind hier, weil wir uns nicht durch Zugeständnisse befrieden lassen wollen. Wir sind nicht das schmückende Beiwerk. Heute sind wir hier, in den Räumen des ehemaligen Erotic Art Museums. Und morgen werden wir an anderen Orten auftauchen. Gegen diese kontrollierte Stadt setzen wir die Unberechenbarkeit des Widerstands. Denn dies ist auch unsere Stadt.

**Ergänzung:**
Gegen 3 Uhr begann die Räumung. Zu diesem Zeitpunkt waren noch 37 Personen anwesend, von denen die Personalien festgestellt wurden. Im Anschluß an der Räumung bewegte sich eine Spontandemo Richtung Talstraße, die dort zunächst von einer Großgruppe Zivibullen aufgestoppt wurde, die dann Unterstützung einer BFE-Einheit erhielt. 21 Menschen wurden in Gewahrsam genommen, außerdem kam es zu einer Festnahme.

# IMK angreifen! - Hamburg unsicher machen!

Die Konferenzen der Innenminister findenn dieses Jahr in Hamburg statt. Zur Frühjahrskonferenz, gab es bereits erste Protestaktionen.

So fand ein Fototermin Fototermin der wahren Innenminister vor dem Hotel Grand Elysée und einen Tag später vor dem Rathaus unter Polizeischutz statt. Dabei verkündeten die wahren Innenminister ihre Beschlüsse sowie der wahre Alhaus die veränderten Richtlinien für die deutsche Flüchtlingspolitik.

Am 28. Mai fand von 12-15 Uhr eine Kundgebung an der Reesendammbrücke am Jungfernstieg gegen repressive und rassistische Gesetzgebung statt. Es wurden verschiedene Redebeiträge mit Bezug zur IMK gehalten.

Zeitgleich tauchten ca. 20 Frontexmitarbeiter_innen vor der Europapassage auf, die zum Schutz vor illegalen Einkäufer_innen, eingesetzt waren. Sie informierten über die Arbeit von Frontex, die europäische Abschiebepolitik und die im Rathaus statt findende Pressekonferenz der Innenministe. Nach ca. 1/2 stunde erfolgreicher Grenzschutzkontrollen, erfolgte die Ablösung, der "erschöpften" Frontexmitarbeiter_innen, durch die Polizei.

Der Vorbereitungskreis zu den Protesten gegen die IMK sieht diese Proteste erst als einen Anfang. "Zum November, wenn von Mittwoch den 17. bis Freitag den 19. die Herbstkonferenz abgehalten werden soll, wollen wir eine bundesweite Mobilisierung zu umfangreichen Protesten, Demos und Aktionen starten, um den Innenministern während ihrer Konferenz in Hamburg kräftig in die Suppe zu spucken"

Dazu fand während der IMK-Frühjahrskonferenz bereits ein erstes bundesweites Vorbereitungstreffen statt.

Geplant wird nun eine bundesweite Mobilisierung zu 2 Demos und einer Aktionswoche vom 13. bis zum 19. November.
In Hamburg ist mittlerweile eine umfangreiche Veranstaltungsreihe zu den Themenfeldern Überwachung, Rassismus, Repressionspolitik, Knast, Datenspeicherung, Extremismustheorie, Militarisierung u.a.. Begleitet wird das von einer Kinoreihe im 3001.
Aktuelle Infos und Termine findet ihr unter: http://no-imk.blogspot.com/

**Veranstaltungen im Juli und August:**

**28.07. 19 Uhr - Centro Sociale**
Antimilitaristische Info- und Mobilisierungsveranstaltung*
Vom 01. bis zum 03. September findet bei Kiel der "Celler Trialog" statt, ein internes Treffen hochrangiger Protagonist_innen aus Wirtschaft, Militär und Politik. Dabei liegt der Schwerpunkt des von Commerzbank und Kriegsministerium initiierten Treffens bei Aufstandsbekämpfung, Krisenmanagement und Militarisierung der Gesellschaft. Im Rahmen der Veranstaltung wird es genauere Informationen zu den geplanten Aktionen in Salzau und Kiel geben und dazu aufgerufen sich an den Protesten zu beteiligen. Zusätzlich wird auf die Bedeutung von zivil-militärischer Zusammenarbeit, Verbindungskommandos, Aufstandsbekämpfung und Krisenmanagement eingegangen, sowie über den anstehenden Actionday gegen das Sommerbiwak in Hannover informiert. Außerdem wird über den aktuellen Stand des Verfahrens gegen eine Hamburger Antimiltarist_in berichtet.

antirepressionsgruppe und kein mensch ist illegal:
**11.08. 19.30 Uhr - Buttclub**
Von Residenzpflicht und Platzverweisen, vom Ausländerzentralregister und "Antiterrorgesetzen"
Die in den letzten 30 Jahren immer weiter verschärften "Ausländer_innengesetze" sind Teil der bundesdeutschen Gefahrenabwehrgesetzgebung. Ewiges Argument: ein kapitalistischer und nationalistischer Sicherheitsbegriff. Uns geht es nicht um spezifische Gesetze, sondern um die Frage, was die Sondergesetzgebung für Flüchtlinge und Migrant_innen mit einer insgesamt vorangetriebenen Repression zu tun hat.
So hält die Residenzpflicht Flüchtlinge in einem Landkreis fest und damit von den großen Städten fern. Gleichzeitig werden die Konsummeilen der Innenstädte auch mit dem Mittel polizeilicher Platzverweise von Obdachlosen, Punks und all denen gesäubert, die nicht ins Bild passen oder die heile Welt in Frage stellen.

So sind die nach dem 11.09.01 durchgesetzten Antiterrorgesetze eng mit dem Ausländerrecht verbunden, aber je nach politischer Opportunität auch gegen emanzipatorische Widerstandsbewegungen im Inneren anwendbar.
Durch konkrete Beispiele und mit visuellen Eindrücken wollen wir nicht nur die Zusammenhänge zwischen den Bereichen staatlicher Repression sichtbar, sondern auch auf Kämpfe dagegen aufmerksam machen.
Nur aus dem Bewusstsein der Gemeinsamkeit und durch inhaltliche Verknüpfung, lässt sich Stärke für gemeinsame Kämpfe entwickeln.

UltraSanktPauli
**25.08.10 19.30 Uhr - Buttclub**
"Wat denn nu' schon wieder?"
Ausschreitungen, Hooligans, Randale, unbelehrbare Chaoten. Lange schon steht bei Fußballspielen nicht mehr die Sportveranstaltung, zu der mehrere tausend Menschen pilgern, im Vordergrund. Allen voran die Polizei stilisiert nahezu jedes solcher Großereignisse zum Großkampftag, bei dem die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet und mit allen Mitteln geschützt werden müsse. Spätestens seit der Weltmeisterschaft in Deutschland 2006 ist ebenfalls deutlich geworden, dass im Rahmen von Fußballspielen so genannte Problemfans als eine Art Testobjekt herhalten müssen, um Einsatztaktiken zu erproben und die Grenzen der gerichtlichen Überprüfbarkeit auszuloten.

Daher soll zunächst eine Bestandsaufnahme erfolgen, welchen Mitteln sich der Polizeistaat bedient. Im Anschluss daran soll ein möglicher Umgang damit diskutiert werden, um auch bei sich weiter verschärfenden Bedingungen das größte Maß an Freiheit zu erreichen.

# Flora bleibt Rot!

## Zwei Schritte vor und drei zurück - das Scheitern städtischer Privatisierung als Konfliktregulationsmodell

Wie wir der Presse entnommen haben, plant die Stadt zur Zeit einen Rückkauf der Roten Flora. Wir sehen einen möglichen Rückkauf der Flora durch die Stadt als politisches Ende des Versuches, sich den Konflikt um das Projekt durch eine Privatisierung vom Hals zu schaffen.

Wir begrüßen dieses Scheitern und hoffen, dass die privatwirtschaftliche Deregulierung auch an anderen Punkten rückgängig gemacht wird, etwa bei Krankenhäusern, den Wasserwerken oder der öffentlichen Grundversorgung. Privatisierungen treiben die Durchsetzung kapitalistischer Verwertungsprinzipien voran und verschärfen gesellschaftliche Ungerechtigkeiten. Sie dienen der Aushebelung einer kritischen Öffentlichkeit durch eine Verschiebung der Auseinandersetzung aus dem Bereich des Öffentlich-Politischen in die entpolitisierte Sphäre des privaten Eigentums, die heilige Kuh der bürgerlichen Gesellschaft.

Wir sehen einen Rückkauf der Flora gleichzeitig jedoch nicht als einen Akt der Entspannung. Auch nach dem Auslaufen der bisherigen vertraglichen Regelungen von Stadt und Investor im März 2011 bleibt die Rote Flora besetzt und der lebendige Ausdruck unseres Aufbegehrens gegen die Verhältnisse. Bezirk und Senat sind für uns keine Partner, mit denen es etwas auszuhandeln gäbe, sondern die Verantwortlichen für eine Politik von Standortdenken und Marktradikalität auf der einen, von Ausgrenzung, Vertreibung und Repression auf der anderen Seite. Unsere Vorstellung von Stadt, von Teilhabe und Anwesenheit auf den Straßen, Grundversorgung und gesellschaftlicher Veränderung unterscheidet sich radikal von denen der etablierten Politik. Wir verweigern uns einer Logik der Standortinteressen, die das Soziale dem Ökonomischen unterordnet und auf Widerstände mit einer Zunahme von Repression und Mitwirkungspflichten reagiert.

Durch den Verkauf der "Immobilie Flora" an Investor Kretschmer hat sich 2001 für uns weder das Besitzverhältnis noch der Status Quo verändert: Das Projekt ist besetzt und geht keine Kooperation mit dem Investor ein. Gleichzeitig begreifen wir uns politisch weiterhin im Konfliktfeld mit der Stadt, da wir Privatisierungen als Variante von Konfliktregulierung und gesellschaftlicher Steuerung generell ablehnen. Der Verkauf öffentlicher Institutionen, Gebäude und Grundstücke dient in erster Linie der Deregulierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen sowie der Ausweitung von Kontrolle und Repression unter dem Feigenblatt des Schutzes von Privateigentum. Sollte die Stadt die Rote Flora zurückkaufen, ist die Auseinandersetzung auch förmlich wieder dort angelangt, wo sie sich nach unserem Verständnis immer befand. In der Auseinandersetzung um das Recht auf Stadt und die Frage der Aneignung des öffentlichen Raumes.

Wir sind auf eine mögliche Auseinandersetzung um die Rote Flora vorbereitet. Wir sehen die Offerte der Stadt auch als Reaktion auf die unmissverständliche Haltung, am unverträglichen Status Quo des Gebäudes festzuhalten. Wir werden auch in Zukunft weder den ökonomischen Standortinteressen der Stadt noch denen anderer Investoren nachgeben oder sonst wie Kreide fressen und einen systemoppositonellen Ort wie die Rote Flora ruhig stellen lassen.

Mag ja sein, dass Investoren und Bezirk gerne hätten, dass sich im Schanzenviertel die Uhren anders drehen und nun der gesamte Stadtteil zur gleichgeschalteten Konsummeile durchstrukturiert wird. Zu einem Ort, an dem noch mehr Freizeitindustrie angesiedelt und die Marke Hamburg aufgeblasen wird, bis sie vor Überheblichkeit platzt. Doch diese Entwicklung findet nicht ohne Widerstände statt. Das Schanzenfest, die geplante Music Hall im Real Markt, die Außengastronomie in der Susannenstraße, das Bernhard-Nocht-Quartier oder die Ansiedlung von Ikea markieren politische Konflikte zwischen Stadt und Anwohner_innen, die sich weiterdrehen werden.

Dabei wird sich die hier grundsätzliche Frage nach einem Recht auf Stadt nicht im Rahmen von Runden Tischen oder durch Verfahren mit Bürgerbeteiligung beantworten lassen. Die städtischen Partizipationsangebote sind darauf gerichtet, den neoliberalen Umbau der Stadt zu optimieren und Zustimmung zu erzeugen. Sie suggerieren demokratische Mitbestimmung, die es in Wirklichkeit aufgrund der Rahmenbedingungen überhaupt nicht gibt und die auch gar nicht angestrebt wird. Ist das Ergebnis solcher Regulationsprozesse aus Sicht des Senates positiv, dient es der Durchsetzung umstrittener Entscheidungen, ist es negativ, wird es eben übergangen. Alternativen zu der Ungerechtigkeit des Kapitalismus gibt es stattdessen nur außerhalb bestehender Sachzwangdiskussionen und weichgeklopfter Symptomfrickelei.

Die selbstbestimmte politische und kulturelle Praxis des Projektes Rote Flora ist eine der vielen möglichen Antworten, an dieser "Systemlogik" zu kratzen. Denn mit der Flora geht es uns nicht um den Erhalt von Nischen oder darum, bestehende Konflikte zu befrieden, indem die allerschlimmsten Auswüchse ein wenig abgemildert werden, sondern ums Ganze.

Protestformen wie Hausbesetzungen sind kein Anachronismus, sondern auf der Höhe der Zeit. Dies hat zuletzt die Besetzung des Erotic Art Museums gezeigt. Wir wünschen den Aktivistinnen beim Kampf gegen das Bernhard-Nocht-Quartier viel Erfolg bei zukünftigen Aktionen und Besetzungen und verstehen uns als Teil dieser Kämpfe. Die Auseinandersetzungen, die mit einer Räumung der Flora zu Recht befürchtet werden, sind längst im Gange, lodern auf und tauchen wieder ab, um an anderen Stellen wieder sichtbar zu werden. Es geht dabei aus linksradikaler Perspektive nicht um einzelne Projekte oder Interessen, sondern eine kollektive Infragestellung der herrschenden Werte, Normen und Besitzverhältnisse. Es geht darum, ein anderes Leben denk- und vorstellbar zu machen, Orientierungspunkte und Aussichtstürme zu besetzen, die radikale Kritik am Bestehenden und den Blick auf andere Verhältnisse möglich machen.

Wir geben uns nicht der Illusion hin, mit einem Rückkauf der Roten Flora durch die Stadt wäre die Option einer gewaltsamen Räumung vom Tisch und aus dem Horizont städtischer Begehrlichkeit verschwunden. Ein Projekt wie die Rote Flora, das sich als Spiegelbild gesellschaftlicher Kämpfe und Veränderungen sieht, kann nie wirklich sicher sein, bleibt immer prekär und in Bewegung. Wir werden weiterhin ein Störfaktor im kapitalistischen Normalbetrieb sein. Ort der Intervention, des Aufruhrs und der Unruhe, rauschende Ballnächte feiern und das Leben auf uns regnen lassen.

Wir wissen nicht, wie sich die Situation in den nächsten Monaten entwickelt. Wir wissen aber, dass wir etwas daran ändern können, sollte sich das Händereiben hinter den Kulissen in irgendeiner Art zu einem polizeilichen Angriff entwickeln, mit dem Ziel, den besetzten Status zu beenden. Wir bereiten uns deshalb weiter darauf vor, das Projekt zu verteidigen, die Ordnung der Stadt von oben nach unten zu krempeln und herrschende Machtdiskurse zu unterlaufen. Organisiert den Widerstand und seid solidarisch!

Support your local squats!

Für den städtischen Flächenbrand um das Recht auf Stadt!

Kampagne "Unverträglich glücklich"
& Plenum der Roten Flora

# Das Archiv der Sozialen Bewegungen informiert: In eigener Sache (Teil 1)

Vielleicht hat es die eine oder der andere schon bemerkt: das Archiv der Sozialen Bewegungen ist seit einigen Wochen geschlossen. Dies nicht, wie einige vermuten, weil wir umbauen, damit unsere Räumlichkeiten im 1. Stock der Roten Flora noch schöner und größer werden, sondern aufgrund struktureller Probleme, die nicht länger zu deckeln sind.
Mit seiner mehr als 20jährigen Existenz gehört das Archiv sicher zu den älteren linksradikalen Institutionen. Im Gegensatz zu teilweise noch älteren Einrichtungen wie z. B. dem Schwarzmarkt hat es allerdings im Archiv keine radikale "Verjüngungskur" der tragenden Struktur gegeben, d. h. unser Altersdurchschnitt ist mittlerweile jenseits der 45 angelangt.
Die damit einhergehenden Probleme sind nicht wirklich überraschend: gestiegene und/oder steigende Belastung der Einzelnen durch Erwerbsarbeitszwang, Kindererziehung usw. mit der Folge individuell reduzierter Ressourcen für die Archivarbeit, ergo eine ungleiche Verteilung der Arbeiten und Aufgaben, die dann mittelfristig Einzelne unzufrieden macht. Diese Frustration steigt insbesondere, wenn wegen personeller "Unterbesetzung" nur noch Zeit für das Tagesgeschäft bleibt und weitergehende politische Arbeit mit dem Material nicht mehr stattfinden kann. (Darunter verstehen wir z. B. Auswertungen und inhaltliche Aufbereitungen, vgl. die Serien des Fotoarchivkollektivs auf unserer Homepage http://asb.nadir.org oder Die Sendung mit der Archivmaus: Rote Flora, die seit einigen Jahren praktisch nur auf der Privatinitiative Einzelner basieren.)
Ebenso unzufrieden sind wir damit, dass wir auch unsere sonstigen politischen Ansprüche (nachzulesen im Selbstverständnis auf unserer Webseite) mehr vor uns hertragen, als sie praktisch einzulösen. So schaffen wir es seit einiger Zeit nicht mehr, uns als Nutzer_innen der Roten Flora an den Selbstverwaltungsstrukturen zu beteiligen, obwohl dies gerade im Hinblick auf das Frühjahr 2011 notwendig ist, denn der Bestand des Hauses ist unabdingbar für die Existenz des Archivs.
Kurzum: Seit ca. einem halben Jahr wird immer klarer, dass wir nicht länger so wie bisher weitermachen können, ohne den Bestand des Archivs zu gefährden. Wir haben es nicht geschafft, genügend zusätzliche Leute zur Mitarbeit zu motivieren - das mag an der staubigen Materie oder an unserer Gruppe liegen. In jedem Fall aber hatte die problematisch gewordene Struktur zu einer angespannten Situation geführt, in der wir den Archivbetrieb nicht einfach weiter notdürftig aufrecht erhalten wollten und wollen.
Wir machen die Problematik jetzt öffentlich, weil wir das Archiv nicht als Privatangelegenheit einer 8köpfigen Gruppe, sondern als eine politische Einrichtung der Hamburger undogmatischen Linken bzw. Linksradikalen begreifen. Diese Herangehensweise leitet sich von unseren eigenen politischen Biografien sowie der Geschichte des Archivs ab, die möglicherweise nicht mehr "zeitgemäß" erscheint. Als erstes wäre also durch Euch zu klären, ob und welche politische Bedeutung das Archiv der Sozialen Bewegungen überhaupt noch für "die Szene" hat. In einem zweiten Schritt müssten wir dann gemeinsam eine neue, möglicherweise völlig veränderte Archivstruktur diskutieren und umsetzen.
Konkret werden wir uns während der nächsten Monate strukturelle Alternativen überlegen. Unsere Ideen wollen wir Euch dann schriftlich vorstellen und nach dem "Sommerloch" im September dazu einladen, gemeinsam über tragfähige Modelle und deren Umsetzung zu diskutieren. Selbstverständlich sind wir auch in der Zwischenzeit für Eure Vorschläge und Anregungen offen. Ihr erreicht uns per Email (asb@nadir.org) oder auf der Straße und in der Kneipe.

Juni 2010
Archiv der Sozialen Bewegungen

# "LOST IN REPRESSION? - CONTROL YOURSELF! -"

Vom 19.07 - 24.07 wird in Hamburg im Centro Sociale eine Veranstaltungsreihe unter dem Motto: "LOST IN REPRESSION? - CONTROL YOURSELF" stattfinden.
Am 20. Juli 2010 jährt sich zum 9. Mal der Todestag von Carlo Giuliani. Wir nehmen dies zum Anlass, Repression und Polizeigewalt wieder stärker zu thematisieren.

(...) Nicht nur in Genua, sondern überall wo Widerstand existiert, wo Menschen sich weigern bis zur endgültigen Betäubung zu konsumieren und gegen den Normalzustand aufbegehren, durchdringen staatliche Maßnahmen unseren Alltag. Sie können Hausdurchsuchungen, Festnahmen, Anquatschversuche, bis hin zu gewalttätigen Übergriffen seitens der Polizei sein. Ebenso können sie sich durch Kommunikationsüberwachung, Personenkontrollen und vieles mehr ausdrücken. Repression ist mehr als wir vielleicht in erster Linie denken. Sie ist vielseitig, umfangreich und subtil. Sie will uns lähmen, kontrollierbar machen und ist dementsprechend auf allen Ebenen der Gesellschaft zu bemerken. Im kapitalistischen Normalzustand scheint fast jeder Mensch in erster Linie verdächtig, diesem nicht willenlos ergeben zu sein. Kameraüberwachungen an jedem un-/möglichen Ort verwundern heutzutage kaum noch einen Menschen. Sie scheinen sogar zunehmend gewollt. Das von Medien, Politik und der Gesellschaft produzierte Verlangen nach grenzenloser Sicherheit legitimiert so den Überwachungsstaat. In der Aktionswoche möchten wir zusammen mit euch auf verschiedenen Veranstaltungen darüber diskutieren, inwiefern uns Übergriffe seitens des Staates in unserer alltäglichen Praxis beeinflussen und wo wir Möglichkeiten sehen diese ins Leere laufen zu lassen. Solidarische und inhaltliche Zusammenarbeit, Vernetzung und die Entwicklung neuer Strategien können uns aus einem oft ohnmächtigen Zustand hin zu einem produktiven, progressiven und konstruktiven Handeln verhelfen.
Nehmt teil an der Veranstaltungswoche und der Demonstration am 24. Juli! Bleibt resistent! Werdet offensiv!

**Mo 19.07.** Staatliche Repression und autoritäre Formierung
**Di 20.07.** "Perchè?" - Film, Vortrag, Diskussion
**Mi 21.07.** 18 Tage U-Haft - Erfahrungen und Perspektiven
**Do 22.07.** Von Schanzenfesten, Lerchenwachen und Alhäusen -Repression und staatliche Angriffe in Hamburg-
**Fr 23.07.** Repression bei Massenveranstaltungen
**Sa 24.07.** Antirepressions-Demo 15h Landungsbrücken
21 Uhr Soli-Party "Quer Denken- Quer Feiern"
Live: Johnny Mauser, Kurzer Prozess (Hip Hop)
Djanes: Techno, Minimal, House, 80/90er, Hip Hop)

mehr dazu unter: http://lostinrepression.blogsport.de

# 1. Mai: Schanze, Krawalle und Solidarität

"Einem System, das am Arsch ist, kann man ruhig auch mal in den Arsch treten!" (Schorsch Kamerun, Goldene Zitronen)

Eine Stellungnahme aus den Untiefen der Roten Flora zu den Ereignissen am 1. Mai. Nach den Auseinandersetzungen vom 1. Mai im Hamburger Schanzenviertel ist in den lokalen Medien die übliche Diskussion um entpolitisierte Jugendgewalt entstanden. In dieser Gemengelage wurden auch Anwohner_innen und Geschäftsleute zitiert und als authentische Stimme des Schanzenviertels präsentiert. Inzwischen wird mit Fahndungsfotos nach Jugendlichen gefahndet, die eine Flasche Sekt aus der zertruemmerten Rossmann Filiale geschleppt haben. In den Medien werden teilweise hohe Strafen angedroht.

Es mag eine gewisse Ironie besitzen, wenn teilweise selbst Leute, die erst vor wenigen Jahren in den Stadtteil gezogen sind, sich kaum länger oder sogar kürzer hier bewegen als jene Jugendlichen, denen sie aus Altersgründen das Recht absprechen, dazuzugehören, sich heute hinstellen und erklären, die jetzigen Krawalle hätten nichts mit den Menschen in der Schanze zu tun. Doch dies ist - von deren begrenzten Tellerrand aus betrachtet - vermutlich einfach nur ehrlich. Fürsprecher_innen dieser Haltung fanden und finden sich schon immer in diesem Stadtteil. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben misst sich insbesondere in einer Hafenstadt jedoch weder an der Dauer der Anwesenheit noch am Alter. Entscheidend ist vielmehr der Sprechort. Dies gilt für diejenigen, die von der Aufwertung des Schanzenviertels in der Vergangenheit profitiert haben, ebenso wie für diejenigen, die aufgrund dieser Entwicklung vertrieben wurden oder wiederum genau deshalb inzwischen hier wohnen.

Das Schanzenviertel ist in den letzten Jahren vor allem jung, weiß und mittelständisch geworden. Dies war nicht immer so. Dass immer weniger alte Menschen und migrantische Nachbar_innen hier leben, dass Läden mit Dingen des täglichen Gebrauchs dichtmachen und Cafes, Kneipen und schicke Boutiquen aufmachen, hat Gründe. Was hier stattfindet, ist ein tagtäglicher Verdrängungsprozess und Kampf um Anwesenheit, um das Überleben im Bild der Stadt. Die Waffen in dieser Auseinandersetzug sind der Mietenspiegel, Bausparverträge, Start-ups und Franchise-Unternehmen. Es gibt Gewinner dieser Entwicklung und Verlierer. Der Bruch im Schanzenviertel verläuft nicht zwischen alteingesessen und zugezogen, sondern zwischen Eigentum und umgewandelter Mietwohnung, zwischen wohlhabend und abgehängtem Prekariat, zwischen denjenigen, die sich die Mieten hier leisten können und denen, die in die Peripherie gedrängt wurden, um nun auch noch zynisch um die Ohren gehauen zu bekommen, irgendwie nicht dazu zu gehören.

Es wird beklagt, junge Aktivist_innen trügen Markenklamotten und seien nicht politisch. Mal abgesehen davon. dass wir nicht wissen, weshalb man als politische_r Aktivist_in schlecht angezogen sein sollte, drückt sich darin vor allem eine Verachtung und ein Ressentiment gegenüber einer Bevölkerungsschicht aus, der solcher Luxus anscheinend nicht zustehen soll. "Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen (schon gar nicht den bei Rossmann befreiten Schampus trinken)", ist die dahinter liegende alte Devise, die als neoliberale Binsenweisheit und Mitwirkungspflicht bei HartzIV neuen Schwung erfährt. Einem vorurteilsgeladenen Sprechen kann man nur entgehen, wenn mensch sein Gegenüber nicht als Stereotyp bürgerlicher Angstkulissen unsichtbar macht. Die Jugendlichen, die in Hamburg auf der Straße revoltiert haben, haben Bedürfnisse, Wünsche und eine Sehnsucht nach Teilhabe am Leben. Manche kommen aus reicheren Elternhäusern, andere aus ärmeren. Sie sind Querschnitt der Menschen, die hier leben, die die Flora besuchen oder hier im Stadtteil abhängen. Manche sind Anarchist_innen oder Autonome, andere nicht. Was sie und uns verbindet, ist keine Ideologie oder feststehende Utopie, sondern die Unzufriedenheit und der Wunsch, dass etwas anders wird. Wir finden dies nicht verurteilenswert, sondern gut.

Noch ist in der Schanze und dem Rest der Stadt nicht alles vertrieben, was sich regt und unbequem ist. Dies wird auch in Zukunft nicht gelingen. Würden diejenigen, die die Leserbriefspalten nutzen, um sich selbst und ihre uniforme Vorstellung vom Schanzenviertel darzustellen, einmal auf die Straße gehen und mit den Leuten sprechen, die sich dort bewegen, würden sie sich vermutlich wundern. Nicht wenige, die hier unterwegs waren, sind direkt neben ihnen aufgewachsen. Dass die Kinder und Jugendlichen, die im Schanzenviertel aufwachsen, nicht wahrgenommen werden, verwundert nicht. Denn im Treiben der erfolgsorientierten Twenty-Somethings tauchen sie ebensowenig auf wie in stadtplanerischen Konzepten.

Sie fehlen in den Caipirinha-Erlebnisräumen der Mittelschicht und den schick dekorierten Bars. Ökonomisch sind sie egal, für die Marke Hamburg uninteressant und für den vermeintlich kreativen Touch sorgen längst Werbeagenturen und studentische Aushilfskräfte. Man könnte meinen, es gibt sie gar nicht und hätte sie nie gegeben. Sie sind Unsichtbare im durchökonomisierten Alltag. Am 1. Mai haben sie sich zu Wort gemeldet. Mit denen, die hier als überflüssig abgeschrieben werden oder jenen denen die Verhältnisse hier einfach so nicht passen. Der Krawall war im besten Sinne ein Kampf um das Recht auf Stadt und ist verwoben in diese politische Auseinandersetzung.

Gewalt im Alltag entsteht nicht aus heiterem Himmel, sondern ist Ergebnis und Folge der politischen und sozialen Realität. Nicht alles, was am 1. Mai vorgefallen ist, finden wir gut. Aber Sachbeschädigungen und die Formulierung von Begehren durch das Aufbrechen des Straßenpflasters empfinden wir als konstruktiven Ausdruck, um die stumme Gewalt, die uns umgibt, überhaupt sichtbar zu machen. Law and Order-Konzepte, nach denen sich Leute im Schanzenviertel gegen Aktivistinnen auf der Strasse organisieren sollen, sind ein ziemlich alter Hut aus der Mottenkiste autoritärer Phantasiewelten. Gedanklich und im Wertesystem bewegen sie sich im Muff der 50er Jahre. Kein Wunder, dass in diesem Zusammenhang dann sogar ernsthaft der Begriff der Halbstarken wieder reanimiert wurde. Den Rock'n'Roll wird es beleben.

Die etablierte Öffentlichkeit steht dem Phänomen heutiger Jugendproteste offensichtlich ebenso ratlos gegenüber wie in den sechziger Jahren den Langhaarigen und Gammlern, in den siebziger Jahren den Punks oder in den Achtziger Jahren den autonomen Hausbesetzeri_nnen. Geschichte scheint sich an diesem Punkt als bürgerlicher Abwehrmechanismus zu wiederholen, um die Augen vor einer ungeliebten Realität zu verschließen. Dem daraus folgenden populistischen Ruf nach Bürgerwehren oder anderen Formen einer Vergesellschaftlichung von Repression setzen wir unseren Widerstand entgegen. Vertreibung oder Ausgrenzung sind für uns keine Grundlage eines solidarischen Zusammenlebens. Eine Durchdringung des All-

tags durch staatliche Gewalt und die darin enthaltenen bürgerlichen Zwänge und Normen als Überlebensprinzip bieten keine Chance für Antworten oder positive Utopien.
Es ist schon seltsam: Seit Jahren prognostizieren Gewerkschaften, linke Politiker und Medien, dass es nur eine Frage der Zeit wäre, bis es nach den Unzumutbarkeiten von HartzIV, Bankenkrisen oder aufgrund steigender Arbeitslosenzahlen knallen müsse. Nun knallt es und alle fühlen sich eifrig bemüht, dies als unpolitisches Jugendphänomen abzutun. Wir fragen uns, woher Polizeisprecher, Gentrifizierungsgewinner oder Medien überhaupt wissen wollen, was jene bewegt, die ihrer Unzufriedenheit am 1. Mai einen Ausdruck verliehen haben. Den Protest auf der Straße sehen sie als Ereignis, mit dem sie nichts zu tun haben wollen. Deren Protagonist_innen als Akteure, die sie pauschal als Jugendliche für nicht zurechnungsfähig erklären.
Wer wissen will, was uns Chaoten antreibt, hat viele Möglichkeiten. Eine naheliegende ist, er oder sie kann in die Rote Flora gehen. Denn wir distanzieren uns nicht von dem Krawall auf der Strasse, sondern erklären uns solidarisch und sind ein Teil der Unzufriedenheit, die am 1. Mai die Strassen unsicher gemacht und damit zum Politikfeld erklärt hat. Alle anderen sprechen für sich selber, sind unterwegs oder dort anzutreffen, wo die Welt in Unruhe und Bewegung geraten ist. In den Wohnblocks am Rand der Stadt oder zwischen dem Funkeln der Scherben vor der Haustür.

Gegen Gentrifizierung und kapitalistische Zustände!
Für die soziale Hängematte mit vollem Lohnausgleich!

AG Repression und Solidarität aus der Roten Flora

Nehmt unbedingt Kontakt mit dem Hamburger Ermittlungsausschuss auf, falls ihr von Verfahren bedroht seid, Rechtshilfe benötigt und/oder als "Zeugen" gesucht werdet: Bewahrt Ruhe und geratet nicht in Panik, falls ihr Probleme habt oder beschuldigt werdet. Juristisch wird nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird! Vor allem aber: Keine Aussagen bei Bullen und Staatsanwaltschaft!
Verweigert konsequent die Aussage und sagt gar nichts. Sucht euch Rechtsbeistand und besprecht alles, was ihr tut, vorher in eurem sozialen Umfeld.

Damit fahrt ihr immer am besten.

Ermittlungsausschuss
c/o Schwarzmarkt,
Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg

# Autonome zum taz Salon

## Offener Brief der Autonomen zur Absage der Podiumsdiskussion mit Joachim Lenders

Wir sind einige der, wie wurde es so schön formuliert, selbsternannten Autonomen aus dem Schanzenviertel. Wir haben ja schon viele Zuschreibungen erhalten, gänzlich verwundert waren wir aber über den Versuch, uns über das Adjektiv selbsternannt zu stigmatisieren. Gibt es eigentlich andere als selbsternannte Autonome? Aber nun gut, immerhin haben wir, um unserem Namen alle Ehre zu machen, die Pferde ja offensichtlich ziemlich scheu gemacht. Weshalb uns nun auch fehlende Diskussionskultur und allerhand mehr vorgeworfen wird.

Eine Redakteurin der taz beklagt im Artikel "Man nennt es Redefreiheit" sogar, dass es in uns kein Gegenüber gäbe. Es entbehrt nicht einer ziemlichen Ironie, der fehlenden Anwesenheit bezichtigt zu werden, wenn gleichzeitig 680 Polizeibeamte in Bereitschaft gerufen werden, sobald man seine Teilnahme ankündigt?!
Es ist eigentlich sehr einfach, mit uns in Kontakt zu treten, denn oftmals versuchen wir, was uns bewegt, in den Zeitungsredaktionen unterzubringen. Doch leider müssen wir feststellen, dass sich das Interesse an Inhalten aus unserem Blickwinkel meist in Grenzen hält. Wenn uns also Unsichtbarkeit vorgeworfen wird, dann mag dies möglicherweise mehr dem redaktionellen Konzept entsprechen, als fehlender Auseinandersetzungskultur auf unserer Seite.
Nun haben wir festgestellt, dass aufgrund unserer Ankündigung zu kommen, der taz Salon abgesagt wurde. Wir sind nicht unglücklich darüber, allerdings auch nicht wirklich glücklich. Immerhin hatten wir uns bereits entsprechend vorbereitet, waren nicht verdriest, sondern bestens gelaunt und stellten uns diesen Event als einen Riesenspaß vor. Wenn es Klamauk gibt, sind wir gerne dabei und wo Lenders auftritt, ist eine dröge, ernst gemeinte Diskussion nicht zu erwarten, sondern Stimmung garantiert. Dieser Umstand ist vermutlich auch von der taz einkalkuliert worden, wo es doch so viele kompetentere Gesprächspartner zum Thema gibt, als nun gerade die populistische Figur von Lenders. Das Ziel, wenn Polarisierer wie Lenders eingeladen werden, ist im Regelfall mehr als trockene Sachdiskussion. Es sollte offensichtlich kontrovers und hoch hergehen, die Diskussion Feuer haben und die Bude toben. Dass dieses Ereignis nun abgesagt wurde, weil auch die Leute kommen wollten, über die gesprochen werden sollte, finden wir ehrlich gesagt ziemlich schlechten Stil.
Wir wollen nicht so tun, als würden sich unsere Vorstellungen wie so eine Podiumsdiskussion mit Lenders auszusehen habe, nicht von denen der taz unterscheiden. Wir können als Autonome mit der Form einer Podiumsdiskussion häufig wenig anfangen. Wir mischen uns gerne ein und vermutlich wäre die Veranstaltung in einem amtlichen Tumult geendet. Aber mit Tumulten kennt sich die taz ja eigentlich aus. Immerhin sieht sie sich selbst ja in Nachfolge der 68er Bewegung mit so illustren Revoluzzern wie Rio Reiser, den Bürgerschrecks der Kommune 1 oder Rudi Dutschke (Die Postkarte mit Motiv von Krawallen bei Springer gibts für 50 Cent, 5 Stück 2 Euro). Sit-Ins, Hörsaalbesetzungen und antiautoritäre Provokationen gehören im Selbstbild der taz zu den demokratischen Erungenschaften dieser Zeit. Here we go! Also wenden wir uns der eigentlichen Frage zu, die uns an dieser Stelle bewegt.
Auch im Schanzenviertel kennt man sich mit Tumulten aus! In den vergangenen Jahren endeten verschiedene Besuche von Politiker_innen, Bürgermeistern und zahlreiche runde Tische im gewohnheitsmäßigen Chaos, auch ein taz Salon mit Vertretern des Hotels im Wasserturm wurde von Stadtteilaktivist_innen besucht. Ole v. Beust wurde, wie eine NDR Kollegin so schön formulierte, wie "die Sau durchs Dorf getrieben", als er eine Pressekonferenz vor der Roten Flora abhalten wollte. In keinem einzigen Fall wurden größere Einsatzkräfte der Polizei angefordert oder deren Fehlen von den Beteiligten im Nachhinein beklagt. Konfetti flog durch die Luft, Parolen wurden gerufen, mobile DJ Teams aufgefahren und im wahrsten Sinne auf den Tischen getanzt. Ole von Beust mit seiner Pressemeute umkreist und mit dazwischen gehaltenen Besen, die gleichermaßen Mikrofone, wie seine populistische Botschaft simulierten, zum Gesamtkunstwerk erklärt.
Jetzt kommt ein Herr Lenders und die Hamburger Polizei plant einen Einsatz mit 680 Beamten. Annähernd so viele wie am 1. Mai. Fällt an dieser Stelle noch irgend je-

mandem irgendwas auf? Offensichtlich nicht. Beklagt wird, wir Autonomen seien schuld, dass Lenders abgesagt habe. Wir nehmen dankend an und haben damit kein Problem an sich, aber es ist bedenklich, wenn die taz und andere Medien nicht mehr in der Lage sind zu erkennen, dass das Auftreten der Polizei zunehmend der schillernden Linie einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung folgt.
Seit Innensenator Schill wurde in Hamburg die Repressionsschraube massiv weitergedreht und hat mit Ahlhaus neue Höhepunkte im Zusammenhang mit dem Schanzenfest erreicht. Im Ergebnis hat auch die Intensität der Auseinandersetzungen auf der Straße zugenommen. Laut Forderungen der Innenminister soll die linksradikale Szene nun politisch isoliert werden. Im Ergebnis finden Jugendliche linke Mobilisierungen attraktiver als je zuvor. Dass Lenders gemeinsam mit 680 Polizeibeamten und mehreren Wasserwerfern im Schlepptau anreisen sollte, hat weniger mit uns Autonomen zu tun, als vielmehr mit dem Selbstverständnis eines immer gewalttätiger agierenden Staates, der alte Werte wie Respekt und Ordnung in Zeiten allgemeiner Verunsicherung wieder in die Bewohner_innen der Stadt hineinprügeln will. Dass ein solches Unterfangen scheitert, ist gut und nicht schlecht! Dass politische Proteste weiter zunehmen eine offensichtliche Konsequenz.
Es wird zwar erkannt, dass irgendwas schief läuft, aber da keine Erklärungen oder wirklichen Alternativen vorhanden sind, steigert sich die Nervosität des inneren Sicherheitsdiskurses zu einer regelrechten Hysterie. Die Jugendlichen: Unpolitisch! Die Gewalt: Sinnlos! Wie will man so die komplexen Zusammenhänge verstehen, die die Menschen heutzutage auf die Straße treiben, um ihren inneren oder ganz offen zur Schau getragenen Protest zu äußern? Mental befinden sich Medien und Politik in einer abwehrhaften Stimmungslage, die dem Muster der 50er Jahre entspricht. Als sogenannte Halbstarke die Straßen und Musikhallen unsicher machten, wurde nicht verstanden, dass diese kulturelle Unruhe kein ursächliches Gewaltphänomen, sondern ein Vorbote von weit größeren Umwälzungen war. Wir sind heute ebenfalls Teil von solchen gesellschaftlichen Veränderungen und leben mitten in einer interessanten Zeit!
Wir finden es falsch mit Leuten zu diskutieren, die, wenn es grade in den Kram passt, den Wolf im Schafspelz geben und ansonsten stereotype Bilder verbreiten über die Menschen, die die aktuellen Umbrüche spüren und sich nicht in den bestehenden Normalbetrieb einfügen. Redefreiheit hört auch im bürgerlichen Sinne dort auf, wo die existentiellen Rechte anderer verletzt werden. Wer glaubt, wir würden demütig zuhören, während Lenders autoritäre Phantasien auslebt, von einer Räumung der Roten Flora träumt und vom Krieg erzählt, der fordert keine Redefreiheit, sondern das Ende linksradikaler Gesellschaftsentwürfe, einen gesellschaftlichen Stillstand und eine reaktionäre Abwendung von fortschrittlichen Lebensvorstellungen.
Kaum ein Tag, an dem Lenders einem nicht in Interviews, Talk-Shows oder Fernsehsendungen mit den immer gleichen Statements über den Weg läuft. Dieser permanenten Gehirnwäsche der öffentlichen Meinung einen Moment des Widerspruches entgegenzusetzen, schafft nicht annähernd ein Gleichgewicht in der bestehenden Diskursmacht. Die taz hält es offensichtlich für notwendig, ihren journalistischen Auftrag für die Meinungsfreiheit dadurch zu erfüllen, jemandem, der bereits jede Lobby hat und jedes journalistische Hinterzimmer kennt, redaktionellen Raum zu verschaffen. Uns dagegen wird Vertreibung in Analogie zu Kampagnen gegen Gentrifizierung vorgeworfen. Aber wie kann man überhaupt jemanden vertreiben, der einen aus jedem Zeitungskiosk angrinst? Der bei jedem Ereignis mit einem Fernsehteam auf der Piazza steht und seine Sicht der Dinge als universelle Wahrheit darstellt? Die tagtägliche Gewalt von Obdachlosigkeit, Platzverweisen oder der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, mit der Störung eines etablierten Podiums zu vergleichen, verkehrt die Verhältnisse und verdreht die Koordinaten von oben und unten.

Totalität entsteht nicht aus einer Kultur des Widerspruchs, sondern aus Zustimmung als gesellschaftliche Norm!
In diesem Sinne werden wir weiterhin laut und sperrig sein. Wir sehen Redefreiheit nicht als einen abstrakten Begriff zur Förderung rassistischer, sexistischer oder antisemitischer Foren, sondern selbst als Feld politischer Kontroverse, das einer scheinbaren Neutralitaet enthoben und als umkämpftes Terrain gesellschaftlicher Teilhabe sichtbar werden muss.
Und so, wie wir uns bisweilen vermummen, um den Verhältnissen ein Gesicht zu geben, ist es manchmal auch richtig, den Zampanos und Pistensäuen in die Parade zu fahren, um denjenigen eine Stimme zu verleihen, die sonst nicht zu Wort kommen. Gesellschaftliche Sprechorte sind nicht gleichberechtigt oder auf Augenhöhe. Welche Stimme haben Drogenkonsument_innen, Jugendliche aus Vororten oder abgehängte HartzVI-Bezieher_innen: Die taz? Wohl kaum. Die lädt anerkannte Expert_innen wie Lenders, Fachkommissionen oder prominente Ansprechpartner ein. Wenn damit alles gesagt sein soll, empfinden wir das Schweigen im Kulturhaus 73, die mutwillig entstandene Lücke im Netz der Eitelkeiten, als echten Hoffnungsschimmer!
Da wir im Schanzenviertel nun zwar scheinbar in archaischen Zuständen, aber deshalb noch lange nicht hinter dem Mond leben, haben wir natürlich mitbekommen, dass das Leserbriefschreiben derzeit ziemlich vorne ist. Wir waren beeindruckt von der Medienpräsenz, die der "engagierte" Leserbrief eines Anwohners nach dem 1. Mai erlangt hat und senden diesen offenen Brief daher auch an die Mopo und das Abendblatt. Wir sind sicher, er wird dort ebenso begeistert als kritische Stimme aus dem Stadtteil abgedruckt wie in der taz.

herzlichst
Ihre Autonomen
aus dem Schanzenviertel



## Samstag 04.09. Straßenfest im Schanzenviertel

# Für die Aneignung des öffentlichen Raumes! Gegen Repression und Vertreibungspolitik!

Das Schanzenfest ist ein politischer Ausdruck sich wandelnder Verhältnisse vor dem Hintergrund der Gentrifizierung und Aufwertung im Stadtteil. Es ist Projektionsfläche und Standortfaktor, existiert nicht im luftleeren Raum, sondern als Abbild der Brüche, Widersprüche und Widrigkeiten, die uns umgeben. Es stellt keine heile Welt und keine Utopie dar, sondern einen Spiegel gesellschaftlicher Realitäten.

Wir finden richtig und wichtig, dass es solche Orte des sich Zeigens gibt!

Manches, was auf dem Fest oder im Anschluss stattfindet, insbesondere der seit Innenminister Schill ritualisierte Gewaltaufmarsch der Polizei, missfällt uns. Der Stadtteil wurde in den letzten Jahren durch eine verfehlte Stadtplanung zu einer einzigen riesigen Konsummeile. Diese Entwicklung hat über die Jahre nicht nur das Fest, sondern auch den Alltag in den Straßen verändert. Kapitalistische Produktion, in diesem Fall Kultur als Fließbandware, erzeugt Gewalt und aufgemotzte Trostlosigkeit.

Wer heute beklagt, dass sich das Fest verändert habe, hinkt Ursache und Wirkung hinterher. Es ist die Umwandlung des Stadtteils, durch die sich auch der Ausdruck des Straßenfestes verändert hat. Ein Fest solcher Art an einem hochgetunten Ballermann-Standort wie der Schanze ist nicht mehr wie in den Anfangstagen denkbar. Aber genau aus der widersprüchlichen Zusammensetzung entsteht heute auch die Authentitzität der in dieser Form einzigartigen Veranstaltung. Die über Jahre gewachsene Mixtur aus Anwohnerinnen, politischen Gruppen, die sich und ihre Arbeit darstellen, Flohmarktbesucherinnen, Leuten, die Stände aufbauen und dem, was tagtäglich hier stattfindet, finden wir besser als die verlogene Inszenierung einer viertelromantisierenden Gemütlichkeit.

Das Schanzenfest würde im Umfeld der äußeren Zwänge vermutlich schnell zu einer glattgebügelten, kommerziellen Großveranstaltung wie Alstervergnügen oder Hafengeburtstag. Es wäre einfach gewesen, das Fest Ende der Neunziger zu professionalisieren und damit im großen Stil Geld zu machen. Die damalige Vorbereitung hat sich bewusst dagegen entschieden und stattdessen auf einen sperrigeren Ablauf, weniger Werbung und später, aufgrund zunehmender Auflagen, auf einen Verzicht auf die Anmeldung gesetzt. In den darauf folgenden Jahren reagierte die Innenbehörde mit immer größeren Polizeieinsätzen gegen kleine Lagerfeuer. Wasserwerfer wurden zur nächtlichen, von der Innenbehörde inszenierten, Begleiterscheinung dieser Veranstaltung. Die Bedingungen, in denen das Fest stattfindet, haben sich verändert, der Wunsch, ein unkommerzielles und politisches Fest zu feiern, ist geblieben. Unsere Vorstellungen in Bezug auf das Fest sind einfach formuliert. Wir wollen ein selbstorganisiertes Fest ohne Polizei, Standgebühren oder Behörden, die mittels seitenlanger Auflagenbescheide die Einhaltung der bürgerlichen Normen kontrollieren! Nicht der Konsum soll im Vordergrund stehen, sondern die Thematisierung gesellschaftlicher Verhältnisse. Das Fest ist eine Form der Aneignung und ein Moment des Sichtbarwerdens in den zunehmend prekären Alltagsrealitäten einer alles durchdringenden Ökonomie. Wir reduzieren weder unser Leben noch den Begriff der Stadt auf die Verwertungsprozesse, die uns als alternativlose Perspektive und Marke Hamburg vorgehalten werden.

Es ist kein Zufall, dass es das Schanzenfest gibt und es ging an diesem Tag noch nie darum, nur zu feiern. Das Fest ist als Interventionsort und Teil der Auseinandersetzungen um die Rote Flora entstanden. Nach 22 Jahren stellen wir fest, dass das Projekt Flora wieder bedroht ist. Mediale Angriffe nehmen zu und 2011 droht gar ein möglicher Verkauf. Wir erklären uns solidarisch und kündigen mit dem Fest unseren Widerstand an, falls ein Räumungsszenario Wirklichkeit werden sollte. Wenn wir ankündigen, die Rote Flora mit allen Mitteln verteidigen zu wollen, dann wollen wir damit nicht nur das Projekt als solches, sondern darüber hinaus ideelle Möglichkeiten der Abweichung erhalten.

Hausbesetzungen und der Kampf um Nischen und versteckte Orte sind und bleiben ein Bestandteil des öffentlichen Lebens. Die Konflikte um das Gängeviertel, BNQ, umkämpfte Projekte in Berlin oder anderen Städten zeigen die Aktualität dieser Form der Aneignung. Freiräume sind nichts Abstraktes oder Utopisches und in Wirklichkeit auch niemals frei von Zwängen, aber es sind im besten Fall Orte des Widerspruches, die sich selbst zum Gegenstand der Auseinandersetzung erklären und nicht in die Marktmechanismen der Stadt einverleiben lassen. Die sich den Aufsichtsratssitzungen ihrer Verwalter entziehen und ihrer Mitwirkungspflicht nicht nachkommen.

Es rumort im Bauch der Stadt. Im letzten Jahr ist aus zahlreichen Brennpunkten eine Bewegung entstanden. Das Recht auf Stadt wurde und wird eingefordert an den Orten, an denen eine durchökonomisierte Stadtplanung Vertreibungsmechanismen in Gang setzt oder vollverglaste Betonbauten wie Pilze aus dem Boden schießen. Das Schanzenfest sieht sich als Teil dieser Proteste. Als Jahrmarkt der Möglichkeiten und eine urbane Widerstandsmesse. Wir laden deshalb alle Initiativen und Projekte ein, das Fest als Bühne der Selbstinszenierung zu nutzen.

Recht auf Stadt ist für uns eine Auseinandersetzung um gesellschaftliche Teilhabe und mit dem Kampf gegen Vertreibung und Repression verbunden. Wir sehen das Fest deshalb als Teil der bundesweiten Mobilisierung gegen die Innenministerkonferenz im November und hoffen, dass sich viele Leute an den Demonstrationen und Aktionen rund um den 18. und 19. November in Hamburg beteiligen.

Die Verschärfung von Gesetzen, die Erteilung von Platzverweisen, die Schaffung von Gefahrengebieten und zunehmende Kameraüberwachung vergegenwärtigen sich in den Mauern der Stadt. Wir wollen nicht, dass uns diese repressive Gewalt in die Glieder fährt und uns den Steinen anpasst. Und wir wollen in unserem Widerspruch keine berechenbare Funktion als Sturm im Wasserglas darstellen. Sich selbst und Protestformen immer wieder neu zu erfinden, ist unersetzlich, wenn das Leben weiterhin auf den Straßen sichtbar sein soll. Stadt ist kein Knast, sondern ein Freiraum in dem Gebäuden, Straßen und Plätzen die Gestalt gegeben kann, welche wir ihnen verleihen. Ein Ort von Bewegung, Sehen und Gesehenwerden, Aufbegehren und Veränderung. Wir widersetzen uns den uns umgebenden Architekturen der Kontrolle durch Besetzungen, Manifestationen, Lücken, Wandmalereien oder eben ein Straßenfest als Fusion von Politik, Kultur und Protest.

Rote Flora verteidigen!
Recht auf Stadt auf die Straße tragen!
Innenministerkonferenzen unsicher machen!

Anwohnerinnen und Anwohner

# Weniger ist Mehr - radikale Linke und der ewige Hauptwiderspruch

In der Zeck Nr. 154 von Januar 2010 veröffentlichte die Gruppe 170 einen Beitrag "Gegen antisemitische Auswüchse und antideutsche Geschichtsklitterung" zu einem neuen Antisemitismusvorfall aus dem antiimperialistischen Spektrum der B5 und den antideutschen Reaktionen darauf. In ihrem Beitrag kritisieren die GenossInnen aus der Gruppe 170, dass sich zwar viele "undogmatische Linke" gegen Antisemitismus positionieren würden, jedoch aus diesem Spektrum die Demo aus dem überwiegend antideutschen Sektrum am 13.12.2009 gegen den Vorfall an der B5 nicht mitgetragen wurde. Sichtlich betroffen heißt es zum Schluss der Stellungnahme, "wo bleibt euer deutliches Zeichen, eure Demo, eure Aktion".

Eine Antwort sei hier gegeben: Was die GenossInnen erlebt haben, war eine deutliche Abstimmung mit den Füßen. Der jetzt wieder eskalierte Konflikt zwischen Anti-Imps und Anti-Deutschen ist für die meisten Hamburger Linken und darüber hinaus neues. Die kollektive Erinnerung geht nicht nur zurück zum Konflikt im FSK 2002, der teilweise von den gleichen Personen und Organisationen ausgetragen wurde. Beide Organisationslinien zeichnen sich als besonders feindliche Brüder dadurch aus, dass Sie jeweils einen Hauptwiderspruch, entweder die zu negierende Nation oder die Solidarität für das kämpfende Volk zum primären bzw. alleinigen Maßstab ihres Handelns machen. Bei einem zweiten Blick fällt auf, dass beide Strömungen die politischen Kategorien Nation und Volk in einer Form gebrauchen, die der bürgerlichen Ideologie und Selbstidentifikation des 19. Jahrhunderts entstammt. Beide schreiben Volk und Nation primäre Handlungsmacht zu. Ideologiekritisch hieße das, der Schein bestimmt das Bewusstsein. Als negativer bzw. positiver Bezug geht ein solcher politischer Zugang nicht in einer sozialistischen bzw. einer umfassend emanzipativen Perspektive auf.

Die neue Linke von 1968 und danach bewegt sich von Anfang an in einer inneren Auseinandersetzung, die den herkömmlichen bzw. orthodoxen Arbeitermarxismus sprengten. Dies waren die Konflikte um das Verhältnis von Trikont und Metropole (einschließlich eines neuen Internationalismus bzw. Anti-Imperialismus), die praktische Kritik der Frauenbewegung, antirassistische Kämpfe in den Metropolen und Halbkolonien, aber auch die Ansprüche radikaler Kollektive (in Hausbesetzungen und Betrieben), die sich nicht von einer Parteiorganisation auf ein rosiges Übermorgen vertrösten lassen wollten, bis zu den Anhängern eines Skeptizismus, die in der negativen Dialektik von Adorno ihren Bezugspunkt hatten. Während sich die neue Linke mit zunehmender Militanz und Härte der Auseinandersetzung mit dem Staat in Radikale und Reformisten trennte, verselbständigten sich auch die Teilbereichsbewegungen. Dem alten Hauptwiderspruch, standen nun weitere Bewegungen und Ansprüche gegenüber, die immer weniger von einer gemeinsamen emanzipativen Perspektive getragen wurde. Erst in den achtziger Jahren und danach, als die Kraft der Linken insgesamt abnahm, gab es in der autonomen Linken Versuche (s. die Debatte um das Papier Drei zu Eins), unterschiedliche Zugänge und Bewegungen wieder in einer gemeinsamen Befreiung zu denken.

Die antinationale Linke entstand zunächst nach 1989 (wesentlich getragen aus dem radikalen Teil des kommunistischen Bundes) auch mit einer antiimperialistischen und antifaschistischen Widerstandsperspektive gegen das neue Großdeutschland. Schon Mitte der Neunziger hatten sich Teile dieser Bewegung als Antideutsche formiert, die programmatisch offensiv, einen neuen Hauptwiderspruch proklamierten, nämlich den Kampf gegen den deutschen Nationalismus. Nach dem 11. September 2001, verabschiedete sich ein großer Teil der Antideutschen auch nach ihrem eigenen Selbstverständnis aus der Linken, in dem sie offen antiislamistische, proamerikanische und bellizistische Positionen bezogen.

Dies ist das Bewegungssetting, in dem sich orthodoxe Anti-Imperialisten und Befürworter eines palästinensischen Befreiungsnationalismus mit Antinationalen und antideutsch gesinnten Unterstützern des Staates Israel bekämpfen. Es ist selbstverständlich ist, dass Gewalt unter Linken, wie zuletzt aus dem B-5 Spektrum nicht zu dulden ist, weil wir sonst als gemeinsamer Träger einer befreiten Gesellschaft, diese noch nicht einmal mehr denken müssen. Es ist genauso selbstverständlich, dass Antisemitismus, wie andere Form unterdrückender Zuschreibungen, in der Linken bekämpft werden müssen. Dies vorausgesetzt wundert es jedoch, dass sich Linke noch an der Demo am 13.12.2009 zur Durchsetzung des Films "Warum Israel" im B-Movie beteiligten. Durch die Propagierung des antisemitischen Skandals bis in die Spitze des Bundes CDU und über den Atlantik in die nordamerikanische Politik und durch die Begleitung der lokalen Springerpresse war klar, dass die Demo und die Kinomacherinnen wie dann auch geschehen eine massive Bullenbegleitung zur Durchsetzung ihres Anliegens gestellt bekommen würden. Sich staatlicher Gewalt zur innerlinken Durchsetzung zu bedienen, ist auch eine politisch eindeutige Form, sich aus einer Befreiungsperspektive zu verabschieden. Vorausgesetzt mensch kann oder will keine eigene Gegengewalt anwenden, verbietet sich eine Intervention zum Zeigen des Films im B-Movie, die nur oder gerade mit staatlicher Gewalt möglich ist. Schon im Vorwege der Demo hätte diese wegen der erkennbaren staatlichen Intervention abgesagt werden müssen. Deshalb wäre nur geblieben, den Film woanders zu zeigen und die eigenen Positionen und Kritik ansonsten öffentlich zu vertreten.

Mit beiden politischen Strömungen ist deshalb keine gemeinsame linke Politik möglich, sei es in Bündnissen oder auch nur in passiver Duldung, wenn mensch mal wieder aus Anlass einer Demo aufeinander stößt. Die eigentliche Schwierigkeit besteht darin, eine solche Position umzusetzen. Beide Teilbewegungen haben genug soziales und politisches Futter, um sich noch ein gute Weile am Leben zu halten. In den vergangen Jahren haben wir auf zu vielen Demo- und Kampagnenvorbereitungen (z.B. wer bekommt Rederechte, eigene Lautsprecherwagen etc.), anlässlich von Bündnissen, auf Plenas oder anlässlich von massiven Konflikten wie jetzt darüber beraten, wie wir mit solchen Gruppen oder Einzelpersonen umgehen sollen. Ganz selten kommt es zu längerer sozialer Ächtung oder Ausschlüssen. Weil ein solcher Konsens schwer zu erarbeiten und noch schwer umzusetzen ist, aber auch weil persönliche Unvereinbarkeiten richtigerweise häufig schwer von den teilweise dahinter liegenden politischen Konflikten zu trennen sind. Denn wir wissen, nur gemeinsam und in Vielfältigkeit wären wir stärker und dies setzt immer politische Auseinandersetzung voraus, teilweise auch, wenn die Positionen unvereinbar scheinen.

Dies vorausgesetzt sind wir vielleicht jetzt gleichwohl an einem Punkt angelangt, an dem der fortgesetzte Versuch der Zusammenarbeit oder auch nur des Nebeneinaderherwursteln mit solchen Teilbewegungen mehr Kraft kostet und unter uns kaputt macht, als wir kurz und mittelfristig gewinnen können. Insofern war es in der konkreten Situation politisch richtig, dass ein großer Teil der Linken, sowohl das Anti-




Imp Spektrum als auch die antideutsche Demo vom 13.12.09 ins Leere laufen ließ. In diesem Fall war weniger, als aktive Entscheidung, deutlich mehr. Wenn Mensch zu dem Schluss kommen muss, teilweise auf letzte Formen der Zusammenarbeit zu verzichten, bleibt immer noch die Frage offen, wie von uns überhaupt auf die nicht emanzipativen Spektren reagiert werden soll. Es bleibt nur, wenn mensch es als einzelner oder im Kollektiv aushält, die Gegensätze inhaltlich deutlich zu machen und den Hauptwidersprüchlern in Diskussionen ihre verfehlte Eindimensionalität vorzuhalten.

Auf dann ggf. immer noch eingesetzte innerlinke Gewalt kann nur mit einem noch deutlicheren Ausschluss reagiert werden. Wenn auch das noch mehr Gewalt nach sich ziehen sollte, dann bleibt als Antwort auf einen konkreten Angriff ggf. nur die Gegenwehr in Selbstverteidigung.

der Viertellinke

# GEGEN DIE RAUSSCHMISSPOLITIK IM FREIEN SENDER KOMBINAT

## Erklärung zum verhängten Sendeverbot im FSK

Im April 2010 wurde gegenüber einem Mitglied der "Radioaktiv"-Redaktionsgruppe durch die Anbieter_innengemeinschaft des Freien Senderkombinats (FSK) schriftlich ein Sendeverbot ausgesprochen. Begründet wurde dieses Sendeverbot damit, dass sich das Redaktionsmitglied trotz schriftlicher Aufforderungen gegenüber der Anbieter_innengemeinschaft nicht dazu erklärt hätte, warum er auf der Demonstration am 13.12.2009 gegen die gewalttätige Blockade des Lanzmann-Films fotografiert hatte.
Wir wenden uns mit dieser Erklärung gegen dieses Sendeverbot und fordern das FSK auf, die Maßnahme des Sendeverbots sofort zurückzunehmen.

Man mag grundsätzlich über den Sinn und Zweck des Fotografierens auf Demonstrationen streiten, und verschiedene Antirepressionsstrukturen haben sich wiederholt dazu geäussert. Trotz allem ist das Dokumentieren einer (öffentlichen) Szene-Demonstration unseres Wissens aber nicht mit einem Verbot belegt. Zudem gab es auf dieser Demonstration zu keinem Zeitpunkt eine Situation, in der durch das Fotografieren Aktivist_innen gefährdet gewesen wären.
Davon unabhängig stellt sich die Frage, in welchem Zusammenhang das Fotografieren auf einer Demonstration mit einer regelmäßigen Sendetätigkeit im FSK steht. Weder ist damit zu rechnen, dass im Radio mit Fotos großer Unfug getrieben werden könnte, noch steht das Themenprofil der Radiogruppe in einem unmittelbaren Zusammenhang zu der Auseinandersetzung um die Blockade und der Demonstration.
Daraus ergibt sich für uns der Schluss, dass die Anbieter_innengemeinschaft vor allem eine unterstellte Gesinnung abstraft. Anders ist für uns die Entscheidung eines Sendeverbots unter den geschilderten Vorzeichen nicht nachvollziehbar.
Außerdem unterstellt die Anbieter_innengemeinschaft mit dem Sendeverbot jemand anderem genau das, was tatsächlich ihre eigene Praxis ist.

Ein Beispiel:
"..Als ich einmal an einer Sitzung dieses Gremiums (Delegiertenplenum des FSK) teilgenommen habe, habe ich zu einem Diskussionspunkt meine Meinung geäussert. Daraufhin meldete sich ein Delegierter zu Wort und wies darauf hin, dass es zwei Formen von Antisemitismus gäbe: den theoretischen und den praktischen. Ich aber hätte mich einige Tage zuvor in der praktischen geübt. Da nämlich hätte ich am Rande einer Demonstration in der Nähe von Antisemiten gestanden. Wenn das Plenum es wünsche, könne er das auch beweisen: mit Fotos, die heimlich von mir gemacht worden seien. Die Delegierten konnten überhaupt nicht verstehen, was ich an diesem Wortbeitrag so skandalös fand. Es gäbe tatsächlich einen theoretischen und einen praktischen Antisemitismus, und fotografiert hätten auf der Demo doch alle möglichen Leute.."
(Auszug aus einem Beitrag von Salon Rouge vom Mai 2006 über die Struktur des FSK, nachzulesen unter:
www.reclaimtheradio.net)

Auch in der aktuellen Auseinandersetzung ist Leuten aus dem Umfeld vom FSK ganz offensichtlich an einer fotografischen 'Feindaufklärung' gelegen.

Das Sendeverbot ist ein weiterer Punkt einer jahrelangen Entwicklung im FSK, gegen politisch missliebige Redaktionen und Personen zu agieren und eine konsequente Ausgrenzungspolitik zu betreiben. Durch ein Klima von Misstrauen, Denunziation und Zensur soll politische Vielfältigkeit zerschlagen werden. Genau deswegen verlässt die Redaktionsgruppe "Radioaktiv" das FSK.

Soweit Widersprüche gegenüber "Radioaktiv" durch einzelne andere Aktivist_innen innerhalb des FSK bestanden/bestehen, hätten diese in einem direkten Gespräch/Auseinandersetzung ausgetragen werden können. Solche möglichen Differenzen aber für die eigene Machtpolitik zu institutionalisieren, halten wir für einen missbräuchlichen und politisch fatalen Umgang der Anbieter_innengemeinschaft.

Gruppe 170

unterstützt von:
anarchist black cross-hooded-crow, antirepressionsgruppe hamburg, Archiv der sozialen Bewegungen, Fotoarchiv Kollektiv, Gruppe Systemoppositionelle Atomkraft Nein Danke, Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz Bremen, Redaktion Knast und Justiz

# und nochmal otto&willi

Die beiden akteure eines theaterstückes auf dem autonomkongress 2009 wurden aufgrund ihres beitrags aufgefordert nicht weiter an dem kongress teilzunehmen. diese aufforderung auszusprechen wurde vorab innerhalb der orgagruppe beschlossen und als vorschlag bzw. handlungswillen der orgagruppe dem plenum vorgestellt. nach einer kurzen diskussion und allgemeinem feedback hatte die orgagruppe den eindruck, dass die umsetzung der aufforderung zum fernbleiben vom plenum geteilt würde. die orgagruppe veröffentlichte später eine erklärung, die ablauf, argumente und beweggründe begründen und transparent machen sollte (http://autonomerkongress.blogsport.de/). trotzdem kam und kommt es immer wieder zu kritik. als einzelperson bin ich der meinung, dass die erklärung der orgagruppe auf alle aspekte eingeht, die mir im zusammenhang mit otto&willi wichtig erscheinen. da mehrere kritiken aber unverständnis an der intensität der ablehnung des theaterstückes zeigen, scheint mir, dass die erklärung der orgagruppe in diesem punkt nicht ausreichend war. ich möchte hiermit noch einmal versuchen zu erklären, warum der teil des theaterstückes, der sich mit antisexismus befasst für mich erstens nicht akzeptabel und zweitens keine diskussionsgrundlage ist; nicht, weil ich eine diskussion über antisexistische praxen als unwichtig empfinde (sinngemäße selbstpositionierung von otto auf der vorbereitungsVV zum kongress), sondern im gegenteil, weil ich diskussionen und reflexionen zu diesem thema für sehr wichtig halte. Ich denke, dass solange wir in einer gesellschaft leben, die eine dominanz von männlichkeit als normal empfindet und ihre mitglieder entsprechend sozialisiert, eine reflexionsbasierte praxis eine notwendigkeit ist, um sexismus zu überwinden. Da diese binsenweisheit idR von anderen linksradikalen menschen geteilt wird, war ein entsprechender diskussionspunkt inklusive input im themenprogramm für den kongress enstanden und für sa-nachmittag organisiert worden.

**jetzt zur kritik an den beiträgen von otto&willi**

da otto&willi ein neues theaterstück als reaktion auf ihren ausschluss geschrieben haben, das die entsprechende passage wiederholt und auch ansonsten ihre sicht der dinge zeigt, werde ich einen zusammenhängenden ausschnitt hiervon als grundlage meiner kritik verwenden.

ganz allgemein: es handelte sich bei dem sogenannten theaterstück nicht um ein theater, bei dem fiktive personen und handlungen von schauspielern gespielt werden, sondern um eine art kabarett, bei dem die sprecher ihre meinung auch in satirischer form direkt formulieren.

OTTO: Ein weiteres der Themen, das wir angerissen haben war die Ausschluss-Praxis. Und das hatte ja einen guten Grund. Auf Wunsch einer Berliner Gruppe aus dem Umfeld der Konferenz "Antisexistische Praxen" wurde "Rausschmisspolitik" auf die Tagesordnung der Hamburger Kongressvorbereitung gesetzt, irgendwann so in der zweiten Septemberhälfte.

WILLI: Ja, das ist wirklich ein starkes Stück: Da wird ein AutonomKongress angekündigt, in der Einladung steht "bringt euch ein", macht alle mit, herzlich willkommen und hinter den Kulissen verhandelt man über Rausschmissgruppen. Wo leben wir eigentlich?"

es gibt menschen, die (auch) innerhalb linksradikaler zusammenhänge erfahrungen von sexistischen übergriffen machen mussten/müssen. wahrscheinlich niemad möchte, dass der schock, der vertrauensbruch, die verletzung oder das trauma unvorbereitet auf einer veranstaltung "ausgehalten" werden muss, wenn es vorfälle geben sollte. deshalb halten einige menschen es für wichtig, im vorfeld strukturen zu organisieren, die reaktions- und handlungsmöglichkeiten eröffnen. in diesem zusammenhang von "rausschmissgruppen" zu sprechen ist eine verunglimpfung von praktiken, die ansprüche wie antisexismus im gelebten alltag umzusetzen versuchen. solche formulierungen sind verachtend und zynisch im angesicht der realität von betroffenen und zeigen eine unreflektiertheit nicht der vorbereitungen zum kongress, sondern in den äußerungen von otto&willi.

"von verhandlungen hinter den kulissen" zu sprechen, wenn im rahmen einer vorbereitenden VV menschen ihnen wichtige themen ansprechen ist die verächtlichmachung einer struktur, die in linksradikalen zusammenhängen üblich ist, um einen anspruch von egalität und partizipation umzusetzen:, nämlich VV's. "bringt euch ein, macht alle mit" war daher ernst gemeint und natürlich sollte jede_r respektieren, worüber gerade gesprochen wird.

"OTTO: Ja, schlimm ist das. Und Transparenz über diese Diskussion und u¨ber das Ergebnis war der Orga-Gruppe schnuppe." jeder, der ein interesse hatte, konnte in der vorbereitungsgruppe und der vorbereitungsVV mitmachen und seine konstruktive meinung äußern. auch eine mail-funktion und ein fach im infoladen waren eingerichtet. sich aber reinen provokationen und diffamierungen auszusetzen ("war der Orga-Gruppe schnuppe.") ist allerdings ziemlich anstrengend und übersteigt die bereitschaft vieler menschen.

" WILLI: Grotesk. Und das bei einem Kongress, der ohne Anlass stattfindet...

OTTO: ...Moment! Anlass war 20 Jahre Rote Flora!

WILLI: Ja und? Der Autonomie-Kongress 1995 in Berlin ist aus aktuellen Fragestellungen

erwachsen und war an alle adressiert, die ähnliche Fragen hatten. Ganz anders der Kongress in Hamburg 2009 - aus Anlass "20 Jahre Flora". Und da hatten die Hamburgerinnen und Hamburger inhaltlich nichts wichtigeres zu tun, als u¨ber "Rausschmisspolitik" zu reden. Das ist traurig."

diese aussage ("ohne anlass") ist ein schlag ins gesicht für alle, die sich monatelang getroffen haben, gedanken gemacht haben, mobilisierungs- und einladungstexte geschrieben haben und nicht zuletzt für alle, die der meinung waren/sind, dass es wichtig ist, sich zwischen und innerhalb der linksradikalen bewegung(en) auszutauschen und dass dies zu lange nicht bzw zu selten geschieht. ich verstehe nicht, warum menschen, die keinen anlass für einen austausch sehen diesen auch noch herunterputzen müssen.

dass es inhaltlich "nichts wichtigeres gab als rausschmisspolitik" ist sowohl eine verleumdung und verkürzung von antisexistischer arbeit (s.o.), als auch eine verachtung gegenüber allen menschen, die die anderen diskussionsthemen formuliert, vorbereitet und organisiert haben. ich frage mich, was otto&willi während der vorbereitungsVV mitbekommen haben??

"OTTO: Gut. "Rausschmisspolitik" - ein Thema für uns. Großzügig geschätzt eine Minute ging es in unserem Stück um einen realen Ausschluss eines Genossen. Der war mit seiner Freundin ins Gespräch über den

gemeinsamen Sex gekommen, das wurde von dritten aufgeschnappt, mit dem Sexismus-Etikett versehen und der Ausschluss dieses Genossen exerziert.

WILLI: Wir beiden Schauspieler gerieten darüber in Konflikt und beendeten das Thema mit offenem Ausgang.

OTTO: Die Szene kam bei manchen so an, dass wir sexuelle Gewalt auf schlechten Sex reduzieren wollten.

WILLI: Unsinn! Weder du noch ich haben von sexueller Gewalt gesprochen. Und die Freundin des erfolgreich rausgemobbten Genossen übrigens auch nicht.

OTTO: Und wir wollten das auch nicht sagen. Aber so haben das einzelne verstanden. Das ist ein Problem."

im original heißt es, dass die zwei personen "Richtig schlechten und trostlosen Sex [hatten]. Darüber sind sie dann zurecht in Streit gekommen. (...) der Genosse wurde dann aus den autonomen Zusammenhängen rausgemobbt, ziemlich umsichtig wurde das gemacht, das wird man doch wohl hier als einen Sieg des Antisexismus bezeichnen dürfen oder nicht? (:11) "

im vorfeld dieser passage haben otto&willi von entwicklungen in den biografien von (ehemals) autonomen bzw linksradikalen gesprochen, die wohl beispielhaft sein sollten. Original: "Sag mal, 2.000 Leute [1995]. Die sind nicht mehr hier. Was ist aus diesen Autonomen geworden?" als eines der beispiele folgt die passage über den "rausgemobbten". jetzt wundert willi sich hier, warum einige menschen die beschreibung der vorfälle als gleichsetzung von sexueller gewalt mit schlechtem sex sahen/sehen. otto&willi bewegen sich schon sehr lange im linksradikalen spektrum und kennen argumente der antisexistischen praxis, ein thema bei dem sie sich schon auf anderen veranstaltungen eher durch provokation als durch diskussion engagiert haben. es ist unrichtig, dass antisexistische praxis menschen aufgrund schlechtem sexes ausschließen will. richtig ist, dass ein rausschmiss aus den sozialen zusammenhängen dann passiert, wenn ein_e betroffene_r vergewaltigt wurde und diese person weitere begegnungen mit der betreffenden person innerhalb der zusammenhänge nicht möchte. wenn also ein ausschluss in der geschichte von otto&willi erfolgt ist, dann drängt sich auf, dass es um eine vergewaltigung gegangen sein muss, die otto&willi als schlechten sex beschreiben. auch wird mit dem beispiel die wirklich schwere und anstrengende arbeit derjenigen menschen, die sich mit sexismus in den eigenen zusammenhängen auseinander setzen, denunziert (was soll ein "sexismus-etikett sein?). hier geht es um mehr als um plattheiten und parolen. hier sind menschen tief betroffen und stark verletzt. ein sensibler umgang mit dem thema und ein wirkliches interesse an einer diskussion hätte in nicht verunglimpfender und verletzender form innerhalb des angekündigten themenschwerpunktes formuliert werden können. für mich haben otto&willi allerdings nicht den eindruck erweckt, dass es ihnen daran gelegen hätte.

"WILLI: Ja und? Jede Kommunikation bringt zuweilen tausend Probleme und zweitausend Missverständnisse zuwege. Dafür soll doch bitte schön ein Kongress da sein: Nachfragen, nachbohren, kritisieren, aufklären. Wenn nicht da, wo denn sonst?

OTTO: Dennoch: Vielleicht wäre es besser gewesen, die "Rausschmisspolitik" direkt anzusprechen. Das wäre aber mit einer direkten Kritik an der Kongress-Orga verbunden gewesen. Das kam mir nicht in den Sinn. Denn die Orga-Gruppe hatte mit Ach und Krach diesen Kongress auf die Beine gestellt. Sie anzugreifen war für mich abwegig. Ich denke nun, dass das ein Fehler war."
es scheint mir ziemlich billig sich hinter dem argument zu verstecken, dass otto&willi die orgagruppe nicht kritisieren wollte, vor allem in anbetracht des engagements mit dem sie sonst ihre kritiken formuliert haben. es scheint mir eher bezeichnend, dass otto&willi von sich glauben, nicht kritisieren, aufklären zu können ohne anzugreifen.

# GEDANKEN ZU REPRESSION, OHNMACHT UND DER SUCHE NACH PERSPEKTIVEN

**Repression**
Wie versprochen melden wir uns nochmal, um euch auf dem Laufenden zu halten. Wir, das ist das Soli-Umfeld, das die Betroffen_e der Hausdurchsuchung vom 25.08.09 in Hamburg, versucht zu unterstützen. Nachdem recht lange nichts von uns zu hören war und nun auch ein Teil der Akten vom LKA bei den Rechtsanwält_innen eingegangen ist, wollen wir die aktuelle Situation schildern.
Vorab nochmal die Fakten: Am 25.08.09 wurde unsere Genoss_in im Hamburger Internetcafe GameSpot im Kleinen Schäferkamp unter dem Vorwurf der versuchten Brandstiftung nach §306 mit §30 Abs.2 vorläufig festgenommen. Neben einer erkennungsdienstlichen Behandlung wurde noch am selben Tag eine Hausdurchsuchung in ihrer ehemaligen Wohngemeinschaft durchgeführt. Das Ergebnis der Durchsuchung war für die Cops ernüchternd, d.h. sie fanden nichts was sie beschlagnahmen wollten. Als unsere Genoss_in nach 8 Stunden entlassen wurde, folgte eine ziemlich offensichtliche Observation, die zum Teil auch provokant durch Uniformierte im Peterwagen durchgeführt wurde.

Wir werten diese ganze Aktion als Angriff auf alle linken Strukturen - und in Verbindung mit dem Tatvorwurf besonders auch als direktes Signal an eine sich kämpferisch und militant verstehende autonome/ linksradikale Szene in Hamburg und Umgebung. Wie dem aktuellen Hamburger Verfassungsschutzbericht zu entnehmen ist, bezieht sich die Kriminalisierung in diesem Fall insbesondere auf das Politikfeld Antimilitarismus.
Dass Repression und Kriminalisierung nicht vom Himmel fallen, sollte klar sein: Seit Jahren beschweren sich Medien und Politik in einer gewissen Regelmäßigkeit über eine Aufklärungsquote, die bei linken politischen "Sachbeschädigungen" gen Null tendiert. Eine Situation, die für einen schwarz-grünen Senat und damit auch für den Innensenator gerade deshalb mehr als unangenehm ist, weil besonders die CDU versucht, sich durch einen Sicherheitsdiskurs zu profilieren und damit für Vorwürfe der Tatenlosigkeit besonders anfällig ist. Mit der Forderung nach mehr Sicherheit und verschärfter Repression gegen linksradikale und linke Politik steht der Hamburger Senat jedoch nicht allein. Seit einiger Zeit wird wieder verstärkt die Extremismustheorie dazu herangezogen, um eine Debatte mit dem Schwerpunkt der Bekämpfung sogenannter "linker Gewalt" zu initiieren. Gerade im letzten Jahr hat sich, auch in Verbindung mit den Auseinandersetzungen um das Schanzenfest, das mediale Interesse und die zunehmende Gereiztheit auf Seiten der Repressionsorgane noch verstärkt.

Wir glauben, dass wir uns generell darauf einstellen müssen, dass die Ermittlungsbehörden in nächster Zeit noch so einige vermeintliche "Täter_innen" präsentieren werden, unabhängig davon ob dann auch verbuchbare Gerichtsurteile auf Seiten des Staates dabei herausspringen. Eine Tendenz, die aus Berlin schon längst bekannt ist, wo U-Haft und mediale Vorverurteilung eine formal-juristische Strafe vorwegnehmen.

Wir sind der Ansicht, dass sich die Frage nach "schuldig" oder "unschuldig" und alle damit verbundenen Spekulationen und Mutmaßungen nicht stellen sollten. Entscheidend für unsere solidarische Haltung gegenüber anderen sollte vielmehr das Verhältnis sein, in das wir uns zu den herrschenden Bedingungen setzen. Positiv beziehen wir uns dabei immer noch auf eine, wenn auch diffuse, zerfaserte und zerstrittene Bewegung, die sich antagonistisch zu diesem System versteht und nach wie vor von dem Wunsch nach einer radikalen Veränderung bewegt wird. Darüber, dass unser Begriff von Solidarität noch sehr viel mehr umfasst und unsere Ablehnung von Justiz/ Knast/ Einsperrung und jeglichen Zwangsanstalten weiter reicht, soll hier nicht geschwiegen werden, doch dazu vielleicht mehr an anderer Stelle.

**Ohnmacht**

Wir denken, dass dem in diversen Veröffentlichungen/Diskussionen oft erwähnten "Ohnmachtsgefühl" leider nicht genug Stellenwert eingeräumt wird. Das mag erst einmal keine herausragende Erkenntnis sein, doch gerade die Legitimation einer persönlichen und emotionalen Auseinandersetzung mit dem Thema Repression könnte einen offeneren Informations? und Erfahrungsaustausch ermöglichen.

Darin sehen wir die Möglichkeit, Diskussionen um das Verständnis von Antirepressions- und Solidaritätsarbeit zu erweitern - vor allem aber auch darüber einen persönlichen Zugang zu reflektieren.

Es ist in den letzten Monaten einiges passiert, was die Gesamtsituation von dem Tag der Festnahme unserer Genoss_in unterscheidet; an unserem Informationsstand zu dem laufenden Verfahren hat das jedoch wenig verändert. Die Informationen, die wir von den Cops haben, sind ein Tatvorwurf in Form einiger Paragraphen, ein schlecht lesbares Durchsuchungsprotokoll und eine Akte, in der eigentlich nichts steht. Wie es weitergehen könnte scheint auch erst einmal absehbar, zumindest in dem Rahmen, den die Repressionsorgane ihre Ordnung nennen: Das heißt irgendwann gibt es Akteneinsicht, eventuell noch Zeug_innenvorladungen und/oder weitere Verfahren, die Ermittlungen werden eingestellt, dann stehen Prozesstermine an, am Ende Einstellung oder Urteil,… Aus unserer Perspektive fanden und finden allerdings ganz andere "Prozesse" statt, wie zum Beispiel das Bemühen um einen offensiv(er)en und kollektiven Umgang, Einschätzung und Analyse der Situation, Diskutieren von Prozessvorbereitung, Prozessbegleitung und Öffentlichkeit, eigene Position beziehen, Soligelder beschaffen, einen persönlich stärkenden Umgang finden, Kinder, Wahl- und/oder Zwangsverwandtschaft informieren und noch vieles mehr.

Dabei gibt es einiges zu diskutieren, doch so wenig wir unsere zu diskutierenden Punkte am Ablauf des staatlichen_juristischen Strafsystems und dem Inhalt einer Akte abhandeln wollen, so schwer ist es auch, uns diesem zu entziehen. So oder so wird der staatlich?konstruierte Vorwurf sich in irgendeiner Form auf die davon Betroffene/n auswirken: Wie wird die Anklage lauten, wenn es denn überhaupt eine gibt? Was ist der Vorwurf? Welches Ausmaß haben die Entwicklungen? Muss eine_r in den Knast? Das Nachdenken über diese Fragen, die Ungewissheit, wird wahrscheinlich mehr oder weniger regelmäßig Raum einnehmen. Aber wie viel Raum diesen Fragen geben?

Es ist eine beschissene Situation, die sich keine_r freiwillig aussucht. Klar kann/ sollte mensch sich im Vorfeld darüber bewusst sein, wie der Repressionsapparat funktioniert/ reagiert, doch denken wir, dass all diese theoretischen Grundlagen/Auseinandersetzungen nicht davor bewahren, dass eine_r der Boden unter den Füßen weggezogen werden kann. Emotionale Reaktionen sind eben nicht planbar. Was dann? Möglichst cool bleiben und das Leben so weiterführen wie zuvor? Und auf die nächste für uns relevante Information der Cops warten? Den schönen und beschissenen Dingen des Lebens so begegnen, als wäre nix passiert? Oder warten darauf, dass das Gefühl des Ausgeliefertseins, der Ohnmacht sich mit der Zeit von selbst auflöst? Stürzt mensch in ein tiefes Loch und stellt sich im Zuge dessen die Frage nach dem jetzt noch verbleibenden Sinn des alltäglichen Wahnsinns wie Job, Ausbildung, Studium und Beziehungen? Vielleicht sind all dies Momente, in denen Menschen vom Repressionsdruck erschlagen werden können oder an ihrem Selbstverständnis zweifeln.

**... Suche nach Perspektiven**

Das klingt doch nach einer ziemlich passiven, resignativen Position, und nach Stillstand. Wäre es wohl auch, würde mensch in dieser Situation verharren - also aufhören nach einer kritischen, antagonistischen Perspektive und/oder einen selbstbewussten Umgang zu suchen. Wie also kann der Zustand des Wartens durchbrochen werden, das passive Moment in ein aktives überführt werden? Es gibt wohl keine allgemeingültige Antwort darauf, kein Patentrezept.

Klar ist jedoch, dass ein Warten auf die Akte, die eine vermeintliche Klarheit bringen könnte, keine Perspektive darstellt. Denn den Zeitpunkt der Akteneinsicht bestimmt weder die vom Vorwurf betroffene/n Person/en noch die/der Anwältin/Anwalt. Einzig die entsprechenden staatlichen Repressionsorgane entscheiden darüber, wann sie Akteneinsicht gewähren. Stattdessen könnte das Warten dazu genutzt werden, gemeinsam Möglichkeiten, Taktiken und Perspektiven mit Freund_innen und/oder einer Soligruppe zu entwickeln, um den Herrschenden und ihren Unterdrückungsmechanismen kollektiv entgegen zu treten.

Kurz:
Eine eigene, selbstbewusste Haltung dem ganzen Scheiß gegenüber zu entwickeln.

Solizusammenhang Hamburg 12.05.2010



# Protokoll der 5. Autonomen Vollversammlung

Am Dienstag den 15.06.2010, trafen sich ca. 70 Menschen in der Roten Flora zur 5. Autonomen Vollversammlung. Nach einer kurzen Begrüßung durch die Vorbereitungsgruppe wurden gemeinsam die Themen gesammelt:

1. Kurzzusammenfassung der letzten VV
2. Themenschwerpunkt Antimilitarismus
3. Celler Trialog in Kiel
3. Aktuelles & Termine
4. Nachbereitung & Planung der IMK

**1. Zusammenfassung der letzten VV**

Das Protokoll der VV ist nachzulesen unter http://www.autonomevvhamburg.blogsport.de

**2. Themenschwerpunkt Antimilitarismus**

Zu Anfang gab es ein Input - Referat, welches eine vielschichtige Definition von Militarismus lieferte. Dieses wird in der nächsten Ausgabe der ZECK abgedruckt sein. Hierbei wurden die Zusammenhänge zwischen militärischer Ideologie und anderen Unterdrückungsverhältnissen verdeutlicht. Der Vortrag versuchte aufzuzeigen dass Krieg und Kapitalismus nicht getrennt voneinander zu betrachten sind; Genauso wenig wie es möglich ist Antimilitarismus ohne den Zusammenhang zu Antirassismus, Antisexismus und Antifaschismus zu denken. Denn Militarismus und die fortschreitende Militarisierung der Gesellschaft bedeuten immer eine Verdichtung von Herrschaftsstrukturen und stehen somit Emanzipation antagonistisch gegenüber.

**3. Celler Trialog in Salzau bei Kiel 01.- 03. Sept. 2010**

Der Celler Trialog ist ein mittlerweile zum 4.Mal stattfindendes Treffen, dass unter Ausschluss der Öffentlichkeit den Schulterschluss zwischen Politik, Bundeswehr und Wirtschaft vorantreiben soll.
Ins Leben gerufen wurde es 2007 vom Aufsrichtsratsvorsitzenden der Commerzbank zusammen mit dem "Verteidigungsministerium", welche ein Gremium schaffen wollte um Wirtschaft und Militär näher zusammen zu bringen, sowie die zivil - militärische Zusammenarbeit und die Verankerung militärischen Denkens in der Gesellschaft zu stärken.
Beim Celler Trialog handelt es sich um kein propagandistisches Treffen sondern ein elitäres Zusammentreffen von hochrangigen Entscheidungsträger_innen, anwesend sind u.a. Verteidungsminister, Innenminister und hochrangige Protagonist_innen aus Militär und Wirtschaft. Dieses sog. "Diskussionsforum für Außen- und Sicherheitspolitik" wird als nationales Pendant zur SiKo (Sicherheitskonferenz in München) gehandelt. Bereits bei ersten Celler Trialog im Jahr 2007 gab es Protest gegen das Treffen, auch die Verlegung nach Salzau bei Kiel hat daran nichts geändert. Das Dorf Salzau liegt 30 km von Kiel entfernt, dort wird das Treffen unter dem offiziellen Motto "Handel und Wandel - Maritime Herausforderung und nationale Interessen",auf einem Gut stattfinden welches dem Land Schleswig-Holstein gehört. Das Kieler Antimilitaristische Bündnis gegen den Celler Trialog mobilisiert sowohl nach Kiel als auch nach Salzau. Teil des Bündnisses sind u.a. DKP, Die Linke, Attac, Flüchtlingsrat, Schülervertretungen, Friedensorganisationen und Autonomen Gruppen und Einzelpersonen.
Bisheriges Rahmenprogramm der diesjährigen Proteste unter dem Motto "Kiel ist Kriegsgesbiet":
Mi. 01.Sept. : Abends große Bündnis Demo durch Kiel (Antikriegstag)
Do. 02.Sept. : Aktionstag in Kiel, zentraler Kundgebungsort: Asmus-Bremer-Platz ( vor der Hauptzentrale der Commerzbank) Diverse kleinere Kundgebungen und Aktionen an Orten des Militarismus in Kiel.
Außerdem Kundgebung in Salzau vor dem Tagungsort.
Fr. 03.Sept. : Nachbereitung und Auswertung in der Alten Meierei, Kiel und Aftershowparty.
Für die ganzen Tage wird es einen EA, Schlafplätze und Vokiis geben, wenn ihr Lust habt zu helfen meldet euch unter trialog-versenken-kiel@riseup.net
Am 28.Juli wird es um 19.30 Uhr im Centro Sociale nochmals eine Infoveranstaltung u.a. zum Celler Trialog mit den aktuellsten Infos geben. Infoveranstaltungen in anderen Städten sind geplant und ein eigener autonomer Aufruf zu den Protesten wird erarbeitet.

**4. Aktuelles & Termine**

· Sommerbiwak in Hannover 07.08.2010
Das Sommerbiwak ist ein Gartenfest der 1.Panzerdivision welches seit 37 Jahren stattfindet um deren Akzeptanz in der Gesellschaft zu stärken. Seit 5 Jahren gibt es Widerstand gegen dieses Zusammentreffen von Soldat_innen, Angehörigen und der High Society u.a. der Stadt Hannover.Es gibt eine Kundgebung und kleinere Demos ums Gelände, Abends soll die ganze Stadt als Aktionsfeld dienen. Kundgebung vor dem HCC 17.30 - 19.00 h
http://antimilitarismus.blogsport.de/sommerbiwak-2010/
· 26.06. 15.30 Uhr Antimilitaristischer Flashmob unter dem Motto "Kein Frieden mit der Bundeswehr" Treffpunkt Wandelhalle Ausg. Mönckebergstr. Weißes T-Shirt mitbringen! Orga: Libertäre Linke HH
· Schanzenfest findet am 04.09.2010 statt.
· Archiv der Sozialen Bewegungen: Strukturelle Krise
Es wurde nicht geschafft, genügend Leute zur Mitarbeit zu motivieren. Konkret werden sich während der nächsten Monate strukturelle Alternativen überlegt, diese werden schriftlich vorgestellt und im Sept. dazu eingeladen über tragfähige Modelle und der Umsetzung zu diskutieren.
· Flora VV am 16.06.2010, 20 Uhr Thema: Stress Perspektiven und Umgang
· Infoladen Wilhelmsburg. Mietgegebenheiten bleiben wie sie sind, das heißt keine Räumung zum 30.06.2010
· DVU Stand Lauenburg, Sa 19.06, 13.30Uhr
· Kundgebung gegen das Nazitreffen in Eschede, Sa 19.06, 13Uhr, www.schlussmitnahtzischeiss.tk/
· Ratzeburg: Ab jetzt regelmäßiges Antifa Picknick ("Präsenz zeigen gegen Nazihaus")Nächstes Picknick 03.07.2010, Abfahrt 12 Uhr ZOB Hamburg
· 02.07.2010 Antifa Demo: Kiel
· Im Hamburger CCH fand die Martime Rüstungsmesse und Konferenz statt, die Proteste scheiterten größtenteils leider an zu geringer Beteiligung.
· Info zur Besetzung/ Räumung des Erotic Art Museum

**5. Nachbereitung & Planung der IMK**

Erste Konferenz: 27.-28.05 in Hamburg
- Es gab zu wenig autonome und spontane Aktivitäten
- Organisierte Aktionen waren eher spärlich besucht: u.a. eine Agit-Prop Aktion vor dem Rathaus und einen Flashmob an der Europapassage der über die Schengen Grenzen informierte.

Für die zweite Konferenz am 18. & 19.11.2010 wird ab jetzt bundesweit mobilisiert. Es gibt eine bis November laufende Veranstaltungsreihe in Hamburg und evtl. Berlin, sowie eine Kinowoche. Während der IMK soll es zwei Großdemos geben, eine am Mittwoch den 17.11.2010 (Orga: Jugendliche ohne Grenzen) sowie eine Autonome Demo am Samstag vor oder nach der IMK. (Achtet auf nähere Infos!)
Es wurde dazu aufgefordert sich auch selbstständig Aktionen auszudenken, sich zu beteiligen und Hamburg unsicher zu machen! Es wurde überlegt ob IMK und Celler Trialog sich verknüpfen lassen.

**Nächste AVV am Do 15.07.2010 um 19.30Uhr in der Roten Flora**
**bisher gesammelte Themen:**
- **Schanzenfest**
- **Vernetzung mit AVV's ? (Bremen, Berlin, Köln...)**
- **Militanzdebatte Wie kann Militanz wieder diskutierbar werden, wie sind andere AVV's damit schon umgegangen?**

# Militarisierung ist mehr als mehr Militär

## Warum Antimilitarismus kein Teilbereichskampf ist

Militarismus ist untrennbar mit patriarchalen und rassistischen Strukturen und Denkmustern verknüpft. Alles was in den letzten Jahren unter den Stichworten innere Sicherheit oder repressive Verschärfung zur Absicherung eines krisenhaften Kapitalismus thematisiert wurde, ist Teil der Militarisierung der Gesellschaft. Darüber hinaus ist Militarismus ein elementarer Bestandteil faschistischer Ideologie.
Das heißt für uns, dass eine radikale Kritik an Militarismus und Militarisierung feministisch / queer, antifaschistisch, antirassistisch und antikapitalistisch sein muss.
Wir wollen dies anhand von kurzen Beispielen begründen.
Dabei geht uns darum Zusammenhänge aufzuzeigen und nicht darum fertige Analysen zu präsentieren. Unser Ziel ist es, herauszustellen weshalb wir antimilitaristische Aktivität nicht als Teilbereichskampf gegen mehr Militär verstehen. Wir müssen insofern natürlich eingestehen, dass wir die Verknüpfungen zu den einzelnen Themenfeldern verkürzt darstellen. Wir hoffen, dass wir Zusammenhängen, die sich nicht explizit als antimilitaristisch verstehen, Denkanstöße geben können und sie ihre Theorien, mehr in den Kontext der Militarisierung der Gesellschaft stellen.
Wir wollen entlang zweier Gedankenstränge die Bedeutung der Militarisierung für emanzipatorische Bestrebungen verdeutlichen.

**Militarismus - die Ideologie der Ungleichheit**
Militarisierung bedeutet zunächst die gesellschaftliche Durchsetzung von militärischen Prinzipien wie Gehorsam und Hierarchien.
Militarismus beruht auf einer hierarchiesierten Weltsicht. Militarisiertes Denken benötigt eine klar geordnete Wertigkeit aller gesellschaftlichen Akteure und Ideen um die gewalttätige Durchsetzung der Interessen der/des als höherwertig Definierten zu legitimieren. Innerhalb militärischer Institutionen und Abläufe ist dies offensichtlich. Es gibt Befehlsgeber und Befehlsempfänger, Lebenswerte und Nichtlebenswerte, hinterhältige Terroristen und heldenhafte Soldaten. Doch dieses Konzepts frisst sich in alle gesellschaftlichen Bereiche und durchdringt das Denken. Unterteilungen und Hierarchiesierungen wie Mann - Frau, Zivilisation - Barbarei, Deutscher - Ausländer, Befehls- oder Gesetzgeber - Untergebene sind Teil des militaristischen Konzeptes.
Militärisches Handeln ist zwar ökonomisch bedingt, doch Versatzstücke anderer Ideologien und Herrschaftsmechanismen, wie z.B. Rassismen und Sexismen, sind elementarer Bestandteil militaristischer Ideologie.

Die aktuellen Kriegseinsätze werden u.a. mit der Verbreitung von Demokratie und Menschenrechten legitimiert. Diese Begründungen sind nicht als reiner Vorwand zu verstehen, um ökonomische Interessen durchzusetzen. Sie sind immer auch Ausdruck einer postkolonialistischen Weltsicht, die die eigenen Werte für überlegen hält.
Unabhängig davon, ob wir die westliche Demokratie für nachahmenswert halten, impliziert die Annahme, dass sie zu verbreiten sei, immer eine Hierarchie zwischen "dem Westen" und "den Anderen". Das Menschenbild, das sich u.a. in diesen Demokratisierungsbestrebungen ausdrückt weist in seinen Begründungsmustern unmittelbare Überschneidungen mit den Ideologien der Sklaverei und des Kolonialismus auf. Ausgangspunkt ist die Annahme, eine eigenständige Entwicklung "der Anderen" sei unmöglich, weshalb aufklärerisch eingegriffen werden müsse. Damals waren "die Wilden" angeblich nicht in der Lage, ein zivilisiertes (Über-)Leben zu führen und bedurften westlicher/weißer Führung. Heute bräuchten die Gesellschaften der sog. Schurkenstaaten die Befreiung/Hilfe des Westens, um Demokratie, Schulen und Brunnen aufzubauen.
Dieser postkolonialistischen Ideologie dienen die westlichen Werte nicht nur als Vorwand - sie sind gleichzeitig ein integraler Bestandteil. Somit sind postkoloniale Rassismen untrennbar mit dem westlichen Militarismus verknüpft sind. Dieser Zusammenhang sowie die Militarisierung der Flüchtlingspolitik (z.B. Schengener Informationssystem SIS, Frontex), bedeuten für uns, dass Antirassismus und Antimilitarismus zusammen gedacht werden müssen.

Das Militär als traditioneller Männerbund inszeniert sich und seine Männlichkeit in den entsprechenden Ritualen, Idealen und Hierarchien.
Der 1957 wiedereingeführte Wehrdienst wirkte u.a. als Basis für be- und entstehende Männerbünde, da er als kollektiv-konstituierendes Moment zur Schaffung eines Werte- und Erfahrungskanons beitrugt, durch das die Selbstdefinition als Mann gefordert und gefördert wurde. Auch heute noch stellt sich die Bundeswehr in ihren Werbevideos gerne als großes Abenteuer in guter Kameradschaft dar. Auch der erweiterte Handlungsrahmen, durch ausdifferenzierte Geschlechterbilder, in dem sich Subjekte heute bewegen können, wie z. B. Zivildienst leistende Männer, Frauen in Kampfverbänden, reproduziert die bipolare Geschlechterordnung nur zeitgemäßer.
Dem Militär kommt, durch die Legitimierung und Legalisierung von Gewalt als Form der Auseinandersetzung, weiterhin ein enormer Teil der Aufrechterhaltung und Bildung einer Gewalt ausübenden Männerrolle zu. Die Militarisierung der Gesellschaft ist nicht von einer allgemeinen patriarchalen Zurichtung zu trennen. Einerseits verstärkt Militarisierung immer eine patriarchale und bipolare Geschlechterordnung, andererseits benötigt sie diese Struktur auch um Kriege zu rechtfertigen.
Eine Gesellschaft, die bereit sein soll Kriege zu führen, muss darauf eingestimmt werden, dass Gewaltanwendung nicht nur nötig, sondern von Soldaten (und auch Polizisten), ausgeführt sogar wünschenswert bzw. heldenhaft sei. Zur Rechtfertigung von Kriegen ist es immer wieder nötig andere Standpunkte, Lösungsansätze und Probleme auszublenden. Komplexe Strukturen müssen als einfache Widersprüche wahrgenommen werden, damit am Ende einer Überlegung nur eine Lösung möglich ist: Krieg. Dies geschieht durch die Herstellung vermeintlicher Dualismen. Es gibt nur

Frauen und Männer, Demokratie bzw. Menschenrechte und islamistische Diktatur, die Wilden und den Westen, Zivilisation und Barbarei. Staatliche Gewalt wird durch die Herstellung dualer Pole als legitimes Mittel zur Lösung gesellschaftlicher oder zwischenstaatlicher Konflikte angesehen. Konflikte bestehen aber nicht aus zwei Polen sondern sind nur innerhalb komplexer Verflechtungen nachvollziehbar.
Zudem gehen sexualisierte Gewalt und Kriegseinsätze schon immer Hand in Hand. Das Aufeinandertreffen bewaffneter Männerhorden beinhaltet, dass der Besitz- und Herrschaftsanspruch der jeweilig Anderen gebrochen werden soll. Weil dieser Besitzanspruch sowohl die Verfügungsgewalt als auch eine Schutzanmaßung für bzw. über die "eigenen Frauen" beinhaltet, sind die Erniedrigung der Zivilbevölkerung des Gegners und Vergewaltigungen von Zivilistinnen und Soldatinnen in allen Kriegsgebieten an der Tagesordnung. Doch auch sexualisierte Gewalt gegen männliche Gefangene passt sich in dieses Bild ein. Beschwörungsformeln, wie die der Befreiung der Frauen aus der islamistischen Diktatur, verdecken sowohl diese Zusammenhänge als auch die patriarchalen Verhältnisse im eigenen Land. Die aus der bipolaren Geschlechterordnung resultierenden Gewaltverhältnisse und deren direkter Bezug zu Militarismus lassen nur einen Schluss zu:
Geschlechterrollen und Militär angreifen, aufweichen, auflösen!

Sowohl Faschismus im allgemeinen als auch der Nationalsozialismus im Besonderen sind ohne die Verinnerlichung und Durchsetzung militaristischer Prinzipien nicht erklärbar. Dies trifft nicht nur auf den zugespitzten Nationalismus und die kriegerische Aggressivität zu.
Faschismus bedeutet u.a. auch die Ausweitung des Befehl- und Gehorsam-Konzeptes auf alle gesellschaftlichen Bereiche. Die Entstehung der NSDAP ist ohne den deutschen Militarismus bzw. das deutsche Militär nicht denkbar. Im Nationalsozialismus vollendeten Militär, Partei, Wirtschaft und Bevölkerung die Hierarchisierung von lebenswert und nicht lebenswert mit beispielloser Konsequenz. Millionen jüdische, behinderte, schwule, linke und viele weitere Menschen wurden als "Volksschädlinge" identifiziert und vernichtet.
Als die Überlebenden des KZs Buchenwalds schworen "Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!" war ihnen der untrennbare Zusammenhang von Faschismus und Militarismus bewusst.
Die sogenannten Lehren, die aus dem Nationalsozialismus gezogen wurden bezogen sich allesamt auf Einschränkungen der Militarisierung der Gesellschaft.
Doch die BRD konnte sich dieser sogenannten Lehren sowie auch der von Außen auferlegten Beschränkungen mittlerweile entledigen. Seit der Wiedervereinigung ist Deutschland wieder ein "normaler Staat" geworden. Das Trennungsgebot von Geheimdiensten und Polizei ist spätestens mit dem neuen BKA-Gesetz vollends abgeschafft. Seit dem Angriff auf das ehemalige Jugoslawien 1999 führt die BRD, ungeachtet grundgesetzlicher Verbote, wieder Angriffskriege. Seit diesem Jahr wird dies sogar vom Verteidigungsminister "umgangssprachlich" so ausgesprochen. Dass der Einsatz der Bundeswehr im Innern längst Realität ist, dürfe wohl jedem_jeder, der_die rund um Heiligendamm 2007 von Tornados und Spähpanzern überwacht wurde, in Erinnerung sein. Mit der, in diesem Jahr abgeschlossenen, Etablierung einer 5.300 Soldaten umfassenden Verbindungskommandostruktur in jeder Stadt, erreicht dies allerdings nochmal eine neue Qualität. Diese Verbindungskommandos sollen den Einsatz der Bundeswehr im Innern bei Katastrophen und Krisen koordinieren und die Bundesregierung schließt ihren Einsatz gegen Streiks sowie Demonstrationen explizit nicht aus.
Sowohl die Entledigung der BDR von allen Konsequenzen des Faschismus als auch die elementare Stellung des Militarismus innerhalb faschistischer Ideologie muss zu einer weitergehenden Auseinandersetzung antifaschistischer Gruppen mit diesem Thema führen.

**Militarisierung - der Angriff auf Selbstbestimmung und Emanzipation**

Insgesamt bedeutet Militarisierung also eine ideologische Verdichtung verschiedener Herrschaftsmechanismen bzw. allgemein eine autoritäre Formierung der Gesellschaft. Militarismus steht Emanzipation somit antagonistisch gegenüber.
Wir wollen an dieser Stelle aber nochmal, die bisher eher angedeutete, praktische Unmöglichkeit, auf dem Weg zur Emanzipation, am Militär vorbei zu kommen, verdeutlichen.
Offensichtlich wird dies z.B. daran, dass der einstige Auftrag der Bundeswehr, der unter dem Begriff der "Verteidigung" lief, durch den der "Schaffung von Sicherheit" abgelöst wurde. Dabei ist nicht die Sicherheit der Lebensbedingungen des Großteils der Menschen gemeint, die sowohl innerhalb der BRD als auch weltweit mit immer größerer Unsicherheit ihrer Arbeits- und (Über-)Lebensbedingungen konfrontiert sind. Die gemeinte "Sicherheit", soll die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und Staatlichkeit im westlichen Verständnis garantieren.
Somit ist alles was den reibungslosen Ablauf kapitalistischer Wertschöpfung oder die Aufrechterhaltung des staatlichen Gewaltmonopols bzw. global die Vormachtstellung der sog. westlichen Staatengemeinschaft gefährdet, eine Bedrohung der Sicherheit.
Es kann nicht um die Ursachen vermeintlicher oder tatsächlicher Missstände gehen, da eben genau das zu schützende System die Konflikten zugrunde liegenden Ungleichheiten sowie die wiederkehrenden Krisen hervorbringt. Deshalb wird Sicherheit durch ein militärisches Krisenmanagement aufrecht erhalten. Wir befinden uns längst in einem räumlich und zeitlich entgrenzten Kriegszustand. Dies bedeutet selbstverständlich nicht nur für die Menschen in Afghanistan oder die militärisch abgewehrten Flüchtlinge die Unmöglichkeit von Selbstbestimmung. Auch innerhalb der EU und der BRD muss diese Sicherheit aufrecht erhalten werden.
Alles was in den letzten Jahren unter den Stichworten Innere Sicherheit oder repressive Verschärfung thematisiert wurde, ist Teil der Militarisierung der Gesellschaft. Das geht weit über die erwähnten Inlandseinsätze der Bundeswehr oder die Etablierung von Verbindungskommandos hinaus. Die Bundeswehr übt z.B. auf dem Gefechtsübungszentrum Altmark bei Magdeburg sog. Crowd and Riot Control im urbanen Raum, also die Niederschlagung von Streik- und Aufstandsbewegungen in westlichen Metropolen. In der Feldjägerschule in Hannover werden Greiftrupps, nach dem Vorbild der uns bekannten Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten BFE der Polizei, ausgebildet. Doch auch die Zusammenlegung der Geheimdienste und der Polizei, die Vorratsdatenspeicherung, die biometrische Datenerfassung im Pass, die neuen restriktiven Versammlungsgesetze, die verschärfte Repression gegen "Linksextremisten" uvm. sind Teil der Militarisierung von Gesellschaft.
Die Militarisierung bedeutet also einhergehend mit der autoritären Formierung auf ideologischer Ebene, konkrete und praktische Hindernisse für emanzipatorische Bewegungen. Dies ist auch nur logisch, den schließlich bekämpfen wir, die radikale Linke, genau das was mit der produzierten Sicherheit geschützt werden soll.
Dass Militarismus ein selbstbestimmtes Leben in zweifacher Hinsicht verunmöglicht, sollte Grund genug sein, dass sich die radikale Linke mehr damit beschäftigt. Erstrecht da die Breite des Angriffs auch das Verbinden verschiedener sogenannter Teilbereiche ermöglichen würde.

AK Antimilitarismus Hannover

# Celler Trialog abgesagt!

Am 22.06.2010 ließen das Kriegsministerium und die Commerzbank zeitgleich verlauten:
"vor dem Hintergrund der massiven Sparzwänge im Haushalt der Verteidigung [...] hat der Bundesminister der Verteidigung [...] mit dem Vorstand der Commerzbank entschieden, den Anfang September 2010 in Kiel geplanten Celler Trialog auszusetzen. Über die Zukunft [..] des Celler Trialogs in den kommenden Jahren wird im Lichte der weiteren Entwicklungen und mit Blick auf die gesamte sicherheitspolitische Konferenzlandschaft zu entscheiden sein."
Dass dies lediglich eine vorgeschobene, fadenscheinige Begründung ist, legt eine kleine Anfrage der Linkspartei vom 31.05.2010 nahe. Auf die Frage, welche Kosten entstanden seien, werden für das Jahr 2009 rund 22 000 Euro angegeben. Dies sind die Kosten der 1. Panzerdivision für Panzerfahrten und Kriegspiele während des Trialoges. Für alles andere war die Commerzbank laut eines "Kooperationsvertrages" zuständig. Hierzu gibt es keine Zahlen. Dass 22 000 Euro für das Kriegsministerium mit einem Haushaltsvolumen von 31,1 Milliarden für das Jahr 2010 Peanuts sind, sollte jeder und jedem klar sein.
Dass herrschende Politik der Parole "Trialog versenken" soviel Eigeninitiative entgegenbringt, kann von uns natürlich mit einem Augenzwinkern nur begrüßt werden.
Es lässt sich feststellen, dass der Trialog ein elitäres Treffen von ranghohen VertreterInnen aus Wirtschaft, Politik und Bundeswehr ist. Nach eigenen Angaben der VeranstalterInnen findet die Aussprache "hinter verschlossenen Türen und sehr offen statt", es gibt weder Protokolle noch große Pressekonferenzen mit selbstdarstellerischen Fotos und keine nach außen getragene "wir retten die Welt"-Attitüde. Der Trialog ist ein Treffen, welches nicht im Mittelpunkt der Öffentlichkeit stehen soll.
Dass die Bundeswehr eine astreine Killertruppe ist, Deutschland sich den Weg zu Rohstoffen und politischem Einfluss seit mittlerweile über einem Jahrzehnt wieder selbst freischießt und freibombt, dürfte zwar nicht erst seit Horst Köhler und Kunduz bekannt sein, soll aber weiterhin nicht Teil der öffentlichen Wahrnehmung der BRD sein. Den Celler Trialog als das, was er ist, zu entlarven - ein lupenreines Kriegstreibertreffen - ist ein maßgeblicher Erfolg der radikalen antimilitaristischen Kritik an den Verhältnissen, den damit verbundenen Aktionen, der hergestellten Öffentlichkeit und Mobilisierungen, die seit mittlerweile zwei Jahren kontinuierlich anlässlich des Treffens stattfanden und auch für das Jahr 2010 in Kiel bereits seit einigen Wochen verstärkt angelaufen waren.
Also Prost Genoss_innen!
Der Wegfall des Trialogs in diesem Jahr und vielleicht auch darüber hinaus ändert nichts an den bestehenden Verhältnissen. Er ändert nichts an der aggressiven Militarisierung der Gesellschaft, den damit einhergehenden patriarchalen Verhältnissen, dem Mord und Totschlag auf dieser Welt und dem globalen Raubzug des alles umspannenden Kapitalismus. Das bedeutet für uns, eine Neuausrichtung unseres Protestes und Widerstands gegen Militarismus in Kiel vorzunehmen. Kiel bleibt auch ohne Trialog als Rüstungs- und Militärstandort prädestiniert für antimilitaristische Politik. Wir werden keine Ruhe geben, die militaristischen Verhältnisse und ihre KriegstreiberInnen mit unseren Widerstand zu belästigen und an die erfolgreiche Arbeit anzuknüpfen!

autonomes antimilitaristisches plenum
kiel, 23.06.2010

http://cellertrialog.blogsport.de/




dokumentation

**Parke nicht in der Bernhard-Nocht-Strasse!**

Am 06.05.10 ging in der Ganztagsschule St. Pauli eine Diskussionsrunde über die Bühne unter der Überschrift "Unsere Jugend - unsere Verantwortung, Zeit zu handeln".
Zeit zu handeln fanden angesichts der angekündigten prominenten Gäste (Bundesministerin für Arbeit und Soziales von der Leyen; Sozialsenator Wersich und Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Schmidt-Trenz) auch militante Fahrradsportler_innen, bewarfen die Senatorenkarosse mit Farbgeschossen und zerstörten die Heckscheibe des Wagens.
Das Ansinnen, diese Veranstaltung in der Bernhard-Nocht-Strasse abzuhalten, im Schatten des 5 Sterne Empire Riverside Hotels, unmittelbar neben den Hafenstrassenhäusern und in einem Viertel, aus dem in den vergangenen Jahrzehnten erhebliche Teile der ärmeren Bewohner_innen durch Mietsteigerungen und "Aufwertung" vertrieben worden sind, wollten die Aktivist_innen nicht unkommentiert lassen. Von der Leyen, Schmid-Trenz und Wersich organisieren in ihren spezifischen Arbeitsbereichen die sozialen Angriffe und sind derzeit damit beschäftigt, die Kosten der Krise auf dem Rücken der Entgarantierten, Arbeitsloisen und Armen auszutragen. Wersich exponierte sich jüngst mit der Erhöhung der Kitagebühren in Hamburg und frisiert kaltschnäuzig die Armutstatistik, um das Elend aus der Wahrnehmung der funkelnden Elbphilharmonie-Metropole Hamburg verschwinden zu lassen. Im Widerspruch zu den geschönten Zahlen der Sozialbehörde leben in Hamburg mit etwas 25% der unter 15-jährigen eben nicht unterdurchschnittlich sonder überproportional viele von Hartz IV.
Das Recht und der Anspruch auf die Aneignung städtischer Räume drückt sich neben kulturellen und sozialen Aneignungsprozesse auch in direkten Aktionen gegen Vertreibungs- und Aufwertungsprojekt aus. In den Stadtvierteln, denen Linksradikale leben, vernetzt und mobilisierungsfähig sind, können Auftritte der Herrschenden angegriffen oder, wie jüngst der Versuch des Polizeigewerkschafters Lenders im Schanzenviertel zu reden, verhindert werden.
Für einen sportlichen Sommer und Herbst in St. Pauli Süd, Schanzenviertel, Wilhelmsburg....

Rote Flora bleibt, Hafenstrasse come back!

Angry Byciclist Brigade

# Das antifaschistische Erbe des Antimilitarismus!

Nie wieder Faschismus, Nie wieder Krieg! Das war und ist der übermittelte politische Auftrag der Überlebendenverbände nach ihrer Befreiung aus den Klauen des Nationalsozialismus. Ihnen war der zwingende Zusammenhang zwischen Diktatur und Armee aus 12 Jahren Widerstand und Überlebenskampf bewusst. Die NSDAP war ein Ziehkind des deutschen Militärs und hatte die Aufgabe, die Gesellschaft vollständig in das Korsett von Befehl und Gehorsam zu zwingen. Unter dem Prinzip von -"selektieren, isolieren, vernichten"- wurden alle Bevölkerungsschichten durchleuchtet. Millionen von Menschen sind im deutschen Herrschaftsbereich als sogenannte Schädlinge identifiziert und systematisch umgebracht worden.
Eine der wesentlichen Erkenntnisse des 12 jährigen Terrorregimes der Nazis ist die Unmöglichkeit, Innen- und Außenpolitik, Zivilgesellschaft und Militär als getrennte Entwicklungen zu betrachten. Die Nazis waren in der Lage, aus Militär, Staatsapparat, Wirtschaft und Bevölkerung eine grausam effizient arbeitende Vernichtungsmaschine zu formen, die ihren Zusammenhang bis zu ihrer vollständigen Unterwerfung und darüber hinaus nicht verloren hat.
Die deutsche Mehrheitsgesellschaft hat sich.nach 1945 mit zwei billigen Schutzbehauptungen- "wir haben davon nichts gewusst"- und -"man konnte ja nichts machen"- aus der Verantwortung gestohlen. Die Linke, insbesondere deren radikaler Teil konnte aufgrund der Zerschlagung aller Organisationen und der Ermordung 1000der GenossInnnen, die erste Welle der Remilitarisierung nicht aufhalten. Wesentliche Einschränkungen der Remilitarisierung Deutschlands basierten nicht auf innenpolitischen Widerstand, sondern auf Produktions und Organisationsverboten, die die 4 Siegermächte aussprachen. Raketentechnik war verboten, Schiffe ab einer bestimmten Tonnage durften nicht gebaut werden. Die Innenpolitischen Einschränkungen haben Eingang in das Grundgesetz von 1949 gefunden und sind seitdem permanenten Angriffen der Reaktion ausgesetzt.
Der "kalte Krieg" gegen die Sowjetunion hat der deutschen Politik die Aufstellung einer neuen Armee ermöglicht. Allerdings durfte sie ihre mörderischen Fähigkeiten nie so richtig unter Beweis stellen, da ihr sowohl Einsätze außerhalb der "Landesverteidigung" als auch Einsätze im Inneren gesetzlich verboten waren. Aus den kriegsbedingten Einschränkungen ist im Lauf von 50 Jahren Nachkriegsgeschichte die Illusion entstanden, in Deutschland sei ein nichtkriegerisches Gemeinwesen entstanden. Seit 1989 und dem Ende der Kontrolle durch die 4 Siegermächte hat die Realität die Ideologie eines besseren belehrt. Bis auf einige juristische Spitzfindigkeiten existiert keine der sogenannten Lehren aus dem Faschismus mehr. Das Verbot des Angriffskrieges hat seit dem Jugoslawienkrieg keine materielle Substanz mehr, der Inhalt des Grundgesetzes ist vom Verteidigungsminister am 5 April endgültig zu einer Frage der Sprachregelung reduziert worden. Deutschland darf sich wieder offiziell im Krieg befinden. Die Auflösung der Restriktionen für das Militär werden in kleinen, "leicht verdaulichen Häppchen aufgehoben, der Drang, auch in die Innenpolitischen Verhältnisse zu intervenieren, ist unüberhörbar. Die außerordentlich leise vollzogene Integration von Verbindungskommandos der Armee in die kommunalen Administrationen bundesweit ist nur der vorläufig letzte, eigentlich nicht zu glaubende Schritt in die Militarisierung der Gesamtgesellschaft.
Die autonome Bewegung ist inmitten dieser Entwicklung entstanden und hat in vielen Bereichen antimilitaristische Positionen und thematisiert. Mit der selbstbewusst formulierten Parole: "Wir sind eine kleine, radikale Minderheit" sind wir wirkungsmächtiger Bestandteil von etlichen Teilbereichsbewegungen gewesen und hatten uns während der Hochphase der Hausbesetzerbewegung eine eigene Infrastruktur geschaffen und mit einem zentralen Inhalt autonomer Theorie, dem möglichst hierarchiefreien Leben im Hier und jetzt experimentiert. Vieles von dem, was einem heute so leichtfertig als autonome Essentials vermittelt wird, ist und war keineswegs selbstverständlich und hat sich in den verschiedensten Teilbereichsbewegungen durch schwere interne und externe Auseinandersetzungen entwickelt. Die vermeintliche Stärke der "historischen" autonomen Bewegung, das Agieren als "Fisch im Wasser", war auch immer ihre zentrale Schwäche. Als heterogenes Gemenge aus Individuen in freier Assoziation sind wir abhängig von der Existenz radikalisierter Bürger, linken Parteien, organisierten Gruppen anderer Couleur, rebellierenden Flüchtlingen streikenden MalocherInnen u.s.w.. Bis auf die schon erwähnte Hausbesetzerbewegung war die Mischung aus Punks, Hippies, parteifeindlichen Kommunistinnen, Feministinnen, AnarchistInnen und Dropouts unterschiedlichster Art immer nur auf Autonomie bestehender Teil eines größeren Umfeldes. Praktische und theoretische Traditionslinien bestehen nur in größerem Zusammenhang und sind zum Teil sehr widersprüchlich und sogar wechselnd. Vieles von dem, was zum Beispiel von der autonomen Antifa gearbeitet wurde, basiert auf den Kämpfen der kommunistischen Bewegung der 20iger und 30iger Jahre und ist dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus entlehnt. Unser Internationalismus war lange Zeit von den Kämpfen der nationalen Befreiungsbewegungen geleitet und von den "Antiimps" vorformuliert. Die Thematisierung der Asyl- und Flüchtlingspolitik, unter anderem durch die revolutionären Zellen, hat hier vieles, bis hin zur offenen Feinschaft gegenüber "traditionellen" Internationalisten verändert. Das heute so selbstverständlich formulierte antipatriarchale Bewusstsein ist von Frauen durchgesetzt worden, die sich in zum Teil militanter Abgrenzung zur männerdominierten autonomen Szene organisiert haben und von uns sehr hässlich angegiftet wurden, bis sich der Wind gedreht hat und feministische Ansichten dominant wurden. Diese Listung lässt sich bestimmt noch um einige Gebiete erweitern, ohne die Grundaussage zu verändern. Autonome sind total abhängig in ihrer Autonomie. Das war insbesondere in den frühen 90iger Jahren deutlich zu spüren, als nach dem Ende des "real existierenden Sozialismus" die gesamte Linke mitsamt der autonomen Szene Auflösungserscheinungen zeigte, obwohl die Entwicklung uns eigentlich hätte Recht geben müssen.
Bremen 1980 war eins der Highlights im Kampf gegen Militarismus und Kriegstreiberei in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. In dem Jahr, als ein Faschist Kanzler werden wollte und ein bekennender Wehrmachtsoffizier als Alternative angeboten wurde, haben die Feinde von Befehl und Gehorsam der Bundeswehr die Anerkennung als normaler Bestandteil des öffentlichen Lebens verwehrt. Ich erinnere mich immer wieder gerne an die leuchtenden Augen und freudestrahlenden Gesichter, als die Nachrichten aus Bremen über die Glotze liefen. Dieser Tag war ein Tag zum Feiern. Die Radikalität und Militanz, mit der die Genossinnen das hässliche Bild von feierlich vor einem Ex- Nazi strammstehenden Soldaten zerstört haben, hat uns inspiriert, auch kleinere öffentliche Gelöbnisse anzugiften und hat die Bundeswehr und ihre Vereidigungen über Jahre hinaus in die Kasernen zurückgetrieben. Der Preis für diese Form der militaristischen Propa-

ganda war ihnen zu hoch. Seit dem ist viel passiert, die Armee hat sich Bewegungsspielräume im öffentlichen Auftreten errungen, die zu der Zeit noch undenkbar waren. Bundeswehroffiziere werden vom Lehrpersonal an Schulen eingeladen, um Menschenmaterial für ihr tödliches Handwerk zu rekrutieren, Soldatenuniformen sind ein "normaler" Anblick in der Öffentlichkeit geworden und die Gesellschaft hat sich alle zwei Wochen bei den SoldatInnen für ihren heroischen Einsatz für unsere Freiheit zu bedanken. Die faschistischen Traditionslinien des deutschen Imperialismus sind weitgehend entsorgt und durch rot- grüne Bewusstseinsarbeit in aktive Begründungen für Kriegseinsätze verwandelt worden. Die Widersprüchlichkeit autonomer Theorie ist daran nicht ganz unbeteiligt. Obwohl der historische Antifaschismus den Kampfzusammenhang von Faschismus und Krieg deutlich formuliert hat, haben größere Teile der autonomen Bewegung in ihrer Praxis einen Widerspruch daraus konstruiert. Als der deutsche Außenminister im Jugoslawienkrieg mit der Auschwitzkeule seinen Wandel zum Kriegsorganisator begründete und Widerstand im Keim zu ersticken versuchte, meinten viele von uns in einem moralischen Dilemma zu stecken ob der Grausamkeiten im völkischen Gemetzel der auseinanderfallenden Region. Dass die deutsche Politik einer der Hauptmotoren in der Zuspitzung der Verhältnisse war, spielte oft keine Rolle. Moral ist eben Moral. Zusätzlich war insbesondere in antifaschistischen Zusammenhängen die organisatorische Abgrenzung von Kriegsparteien und kriegsbefürwortenden Gewerkschaften nicht zu machen. Der erste Angriffskrieg des postfaschistischen Deutschland wurde als Nebenwiderspruch im Kampf gegen bekennende Nazis behandelt. Antimilitaristischer Widerstand und Glaubwürdigkeit stellt sich so nicht her!

Als der deutsche Staat sich durch die Funktionalisierung der Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht" von seiner mörderischen Vergangenheit reinwaschen wollte, immerhin bestreiten die Ausstellungsmacher jeden Zusammenhang zwischen Nazi-Wehrmacht und bundesdeutscher Armee, stand die Autonomie wieder zwischen Militarismus und Antifaschismus. Die Ausstellung wurde massiv von Faschisten und reaktionären Verbänden angegriffen. Sie musste beschützt werden, was aus dem Selbstverständnis heraus eine Aufgabe der Antifa war, obwohl sie sich von einer von eher historisch interessiertem Publikum besuchten Ausstellung zu einem Massenevent mit kriegsvorbereitendem Charakter gewandelt hatte. Auch hier waren die Nazis wichtiger als die Kriegstreiberei des deutschen Staates. Antimilitaristische Politik ist einfach nicht so einfach zu machen. Zum einen legt man sich mit der geballten technologischen und materiellen Gewalt des Kapitals an, was direkte militärische (militante) Angriffe für Bewegungslinke extrem schwierig macht. Zum anderen ist der Militarismus ein alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringendes Phänomen, wirkungsmächtig auch außerhalb von Befehl und Gehorsam, Uniformen und Drill.

Die Perspektiven antimilitaristischer Kämpfe liegen weit jenseits von einem Teilbereichskampf in der praktischen und theoretischen Kritik patriarchaler Gewaltpolitik. Das Recht auf ein gutes Leben ist unteilbar und der Militarismus ist seine Verneinung. Er schürt die tödliche Konkurrenz um die Möglichkeiten, unser Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten zu können. Die Hierarchisierung unserer Existenz in Deutsche und Ausländer, Männer und Frauen, Hauptschüler und Abiturienten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Soldaten und Zivilisten, Vorgesetzte und Untergebene, Politiker und Bürger ist Teil des militaristischen Konzeptes.

Es ist also eigentlich nicht so schwer, antimilitaristische Politik zu machen. Die Schwierigkeit liegt eher darin, sie so zusammenzuführen, dass eine wirkungsmächtige Bewegung daraus entsteht. Der Kapitalismus hat die Welt in eine brennende Kugel verwandelt, auf der viele Initiativen einzelne Brände zu löschen versuchen, ohne sich gegenseitig wahrzunehmen oder zu kennen. Die Herstellung von Gemeinsamkeiten und themenübergreifenden Zusammenhängen ist eine der dringendsten Aufgaben, die für effektiven Antimilitarismus von Nöten ist. Speziell für die autonome Bewegung wäre zu hoffen, den vielerorts vorhandenen elitären Dünkel fallen zu lassen, ohne an Radikalität zu verlieren. Überzeugen statt Abgrenzen als Konzept ist das Gebot der Zeit. Das die Militanz und die abschreckende Außenwirkung der Gewalt als Mittel der Politik hohe Barrieren gegenüber den "Normalos" aufbaut, ist erst mal ziemlich selbstverständlich. Dagegen steht nach wie vor die hohe Qualität, die das Durchbrechen der Ohnmacht gegen einen angeblich übermächtigen Gegner darstellt, wenn das staatliche Gewaltmonopol außer Kraft gesetzt wird. Dazu kommt die Politik der ersten Person, die, nach dem Prinzip der gegenseitigen Solidarität angewandt, sehr vielen unterschiedlichen Menschen die Möglichkeit zur Teilnahme an autonomen Strukturen ermöglicht.

Elementare Grundvoraussetzungen für wirksamen Widerstand gegen die Unterwerfung unter das Diktat der Ökonomie herzustellen, ist für so heterogene Strukturen wie der autonomen Bewegung selbstverständlich unendlich schwieriger als in Parteien und programmatisch arbeitenden Gruppen. Verbindlichkeit, Verantwortlichkeit und Kontinuität stehen hier gegen das Lustprinzip, das tendenziell dagegensteht. Umso wichtiger ist die Schaffung von Orten des Austausches der Kommunikation und gemeinsamer Projektarbeit jenseits konkreter Aktionsvorbereitung. Nur hier lassen sich das Wissen und die Fähigkeiten sammeln und weitergeben, die notwendig sind, um dem weltweit agierenden Feind des lustvollen Lebens, dem Kapital, die Stirn zu bieten.

So weit, so allgemein, so schwierig!



# Etwas zur aktuellen Situation - von einigen, die zu unterschiedlichen Zeiten in der RAF waren

Seit nunmehr drei Jahren spekulieren Staatsschützer und Medien darüber, wer im Einzelnen vor mehr als dreißig Jahren die Schüsse auf Siegfried Buback und Hanns Martin Schleyer abgegeben hat. Ermittlungsbehörden bemühen sich, weitere RAF-Aktionen nach Indizien zur Täterschaft abzuklopfen. Kaum haben die letzten Gefangenen aus der RAF den Knast hinter sich gelassen, sehen sich die einen mit neuen Verfahren konfrontiert, während die anderen mit Zeugenladungen und Beugehaftandrohungen belegt werden. Nach der ersten Welle im Sommer 2007, im Ermittlungsverfahren gegen Stefan Wisniewski, läuft seit Ende 2009 der zweite Versuch, Aussagen von uns zu bekommen, formell im Verfahren gegen Verena Becker. Verena Becker war 1977 in der RAF, 1983 haben wir uns von ihr getrennt. Demnächst wird ihr ein neuer Prozess gemacht, offensichtlich nur als Auftakt zu weiteren Prozessen. Gegen Stefan Wisniewski und Rolf Heißler wird weiterhin ermittelt:

Vordergründig geht es darum, individuelle "Schuldzuweisungen" zu bekommen, also Beteiligte unter Druck zu setzen und zum Reden darüber zu bringen, wer genau was gemacht hat. Über 30 Jahre war es allen ziemlich egal, wer wofür verurteilt wurde. Hauptsache, sie verschwanden hinter Schloss und Riegel. Seit dem Medienspektakel zum "Deutschen Herbst" in 2007 ist das "Ringen um Klärung" plötzlich zur Gretchenfrage geworden. Es reicht nicht, dass wir uns kollektiv für die Aktionen der RAF verantwortlich erklärt haben. Wir sollen "endlich" einmal auspacken, um, wie es heisst, "aus der Logik der Konspiration auszusteigen."

Worum es hier wirklich geht, ist, die Auseinandersetzung mit der Geschichte bewaffneter Politik auf die Ebene von Mord und Gewalt runterzuziehen. Eine Ebene, auf der Zusammenhänge auseinandergerissen und nur noch kriminalistisch abgewickelt werden, damit erst gar kein Raum entsteht, in dem andere als die vorgegebenen Überlegungen angestellt werden.

Für manche sollen wir uns einer "Diskussion" "stellen", deren Bedingungen schon von vornherein festgelegt sind und den Zweck haben, die Aktionen der RAF durch Personalisierung zu entpolitisieren. Oder wie die Süddeutsche Zeitung in einem Kommentar dazu meinte : "Von möglichen politischen Motiven in diesem Krieg aber wird bald nichts mehr zu erkennen sein. (...) Die Individualisierung und Privatisierung des deutschen Terrorismus ist dessen letztes Stadium. Was gegenwärtig mit ihm geschieht, ist ein Fall angewandter Geschichtspolitik: von rückwirkender Verwandlung des Politischen ins Persönliche." (SZ 24.4.2007)

Von uns wird eine "geschichtliche Bewältigung" verlangt, die keine ist. Ein "Schlußstrich", an den sich sonst niemand hält und dessen Voraussetzungen nicht einmal zur Debatte stehen. Es ist nochmal ein großangelegter Versuch, reale Erfahrungen zu verschütten, Lernprozesse zu verhindern, die unterschiedlichen Kämpfe voneinander zu isolieren.
Das wäre er dann, der Punkt. Eine Story, von der nichts bleibt als Selbstbezichtigung und Denunziation.

Auslöser dieser ganzen Sache war die Vorbereitung einer Kampagne, die dazu angesetzt war, Öffentlichkeit für das geplante Spektakel im Herbst 2007 und die darauf folgenden Filmproduktionen herzustellen. Zwischen Ende 2005 und Ende 2006 haben Spiegel-Mitarbeiter nichts unversucht gelassen, uns für eine von Stefan Aust redigierte Fernsehserie zu gewinnen. Es musste etwas Neues her, um die Kampagne zu füttern. Anekdoten, Tratsch, Interna, die den kaputten "Zeitzeugen" vielleicht noch etwas Glaubwürdigkeit verschaffen könnten.

Bekanntlich ist daraus nur eine Wiederaufbereitung alter "Enthüllungen" geworden, aber in der Zwischenzeit wurde Austs Protegé Peter-Jürgen Boock vorgeschoben, um sich der "Opfer der RAF" anzunehmen. Nachdem aus den "Experten" und "Kronzeugen" nichts Neues mehr rauszuquetschen war, wurde von einigen Politikern die Forderung aufgestellt, Gefangene aus der RAF nur noch freizulassen, wenn sie "Ross und Reiter" nennen. Diese Gelegenheit wurde von Boock genutzt, um ab Ende März 2007 den Sohn des Generalbundesanwalts für seine soundsovielte Täterversion zu instrumentalisieren. Diesmal mit den Namen genau derjenigen, die für die jeweilige Aktion noch nicht verurteilt worden waren.

Für die Medien war es das gefundene Fressen, um das ene-mene-muh Spiel anzufangen. Mit einem alten Polizeitrick, der den Spieß einfach umdreht: Bei genügend Unschuldsbeteuerungen würden am Ende die wahren Täter schon übrigbleiben. Ein Tag nach der Talkshow mit Boock Ende April 2007 meldete sich Karl-Heinz Dellwo in einer Panorama Sendung: "Ich kenne definitiv Fälle, wo Leute vollständig unschuldig waren und über lange Zeit für andere im Gefängnis gesessen haben." Auf die Frage, ob wir Namen nennen sollten, antwortete er, "das müssen die Leute für sich selber entscheiden". Zwei Wochen später ging Knut Folkerts in die Falle und erklärte in einem Interview mit dem Spiegel seine Unschuld in Sachen Buback. Der Bundesanwaltschaft genügte der Medienrummel, um die entsprechenden Ermittlungsverfahren zu formalisieren.

Die RAF hat sich 1998 aufgelöst, begründet aus ihrer Einschätzung der veränderten politischen Gesamtsituation. Die Tatsache, dass es ihre eigene Entscheidung war und sie nicht vom Staat besiegt wurde, ist offenbar noch immer ein Stachel. Daher das ewige Gerede vom "Mythos", den es zu knacken gilt. Daher die politische und moralische Kapitulation, die da eingefordert wird. Daher die Versuche, die Kriminalisierung unserer Geschichte zum Punkt zu bringen, bis hin zu dem verlogenen Vorschlag einer "Wahrheitskommission". Während die Fahndung nach den Illegalen, die Hetze in den Medien und die Verfahren gegen ehemalige Gefangene andauern, wird von uns der öffentliche Kotau verlangt. Wo es nach all den Jahren nicht durch "Abschwören" gelaufen ist, sollen wir uns jetzt gegenseitig verpfeifen. Rette sich, wer kann.

Wenn von uns niemand Aussagen gemacht hat, dann nicht weil es darüber eine besondere "Absprache" in der RAF gegeben hätte, sondern weil das für jeden Menschen mit politischem Bewusstsein selbstverständlich ist. Eine Sache der Würde, der Identität - der Seite, auf die wir uns gestellt haben.
Keine Aussagen zu machen, ist keine Erfindung der RAF. Es hat die Erfahrung der Befreiungsbewegungen und Guerillagruppen gegeben, dass es lebenswichtig ist, in der Gefangenschaft nichts zu sagen, um die, die weiterkämpfen, zu schützen. Es hat die Beispiele des Widerstands gegen den Faschismus gegeben. Wer immer hier ernsthaft politisch etwas wollte, hat sich damit auseinandergesetzt und daraus gelernt. In der Studentenbewegung war Aussageverweigerung eine breit begriffene Notwendigkeit, als die Kriminalisierung losging. Seitdem sind Militante in vielen Bereichen da-

mit konfontriert worden. Genauso ist es für uns in der RAF eine notwendige Bedingung gewesen, dass niemand Aussagen macht. Einen anderen Schutz gibt es nicht - für die Einzelnen im Knast, für die Gruppe draußen und für den illegalen Raum insgesamt, die Bewegung in ihm, die Strukturen und die Beziehungen.

Aber auch so. Wir machen keine Aussagen, weil wir keine Staatszeugen sind, damals nicht, heute nicht. Trotz Rasterfahndung haben es die hochgerüsteten Staatsschutzapparate in all den Jahren nicht geschafft, ein auch nur annäherndes Bild unserer Bewegungen zu bekommen. Auch die, die unter dem Druck der Isolation, der Hetze und der Erpressung zusammengebrochen und als "Kronzeugen" benutzt worden sind, haben nicht dazu beitragen können, das Bild zu vervollständigen. Die Bruchstücke, die sich der Staatsschutz zur allgemeinen Aufstandsbekämpfung zurechtgebastelt hat, nützen ihm wenig. Von der Vorgehensweise, der Organisation, der Spur, der Dialektik einer Metropolenguerilla hat er keine Ahnung. Es gibt keinen Grund, ihm dabei auf die Sprünge zu helfen. Die Aktionen der RAF sind kollektiv diskutiert und beschlossen worden, wenn wir uns einig waren. Alle, die zu einer bestimmten Zeit der Gruppe angehört und diese Entscheidungen mitgetragen haben, haben natürlich auch die Verantwortung dafür. Wir haben das oft erklärt, und unser Verhältnis dazu ändert sich nicht dadurch, dass die RAF Geschichte ist.

Die kollektive Struktur der RAF ist von Anfang an angegriffen worden. Es durfte sie nicht geben, es musste das Alte sein, autoritäre Beziehungen, "Offiziere und Soldaten", Rädelsführer und Mitläufer. So war die polizeiliche Zielsetzung, so war die Propaganda, so ist sie bis heute. Die Justiz allerdings, die sich selbst "an vorderster Front" gegen den "Staatsfeind Nr. 1" sah, war in den Prozessen in Beweisnot, weil sie ohne unsere Mitwirkung nichts in der Hand hatte. Ihre Lösung war der "kollektive" Paragraph 129/129a, mit dem alle für alles verantwortlich gemacht werden konnten. Darauf basierten zum Teil die Urteile, und kriminalistische Einzelheiten wurden nur benutzt, um die politischen Zusammenhänge wegzudrücken.

Dagegen waren die Zeugenaussagen, die wir während der Knastjahre einige Male in den Prozessen gemacht haben, kollektiv bestimmt, als Möglichkeit, öffentlich etwas gegen die fetteste Scheisshauspropaganda zu sagen. Für uns hat es kaum eine Bedeutung gehabt, wie die Zuordnungen und Konstruktionen der Staatsschutzsenate im Einzelnen aussahen. Wir waren im Knast, weil wir hier den bewaffneten Kampf angefangen haben, und in den Prozessen ging es uns höchstens darum, Inhalt und Ziele unserer Politik zu vermitteln. Einer Politik des Angriffs in der Metropole, die ihre Praxis im Zusammenhang weltweiter Kämpfe um Befreiung vom Kapitalismus begriffen und bestimmt hat.
Wenn es noch etwas zu sagen gibt, dann dazu.

Mai 2010

# "Urteil" gegen das "Gefangen Info"

Der presserechtlich Verantwortliche der Publikation "Gefangenen Info" Wolfgang L. ist am Mittwoch, den 21. April vom Berliner Amtsgericht zu einer "Geldstrafe" von 800 Euro "verurteilt" worden.
Zum besseren Verständnis drucken wir die Prozesserklärung zum Verfahren gegen das "Gefangenen Info" vor dem Amtsgericht Tiergarten ab:
"Als Presserechtlich Verantwortlicher für das "Gefangenen Info" bin ich hier wegen "Verleumdung" vor dem Gericht angeklagt. Da wir als Redaktion Widerspruch gegen einen Strafbefehl von 2800 Euro eingelegt haben, kommt es heute zu Verhandlung.

**Um was geht es?**
Die Gründe für die Anklageerhebung sind, wie bei dem Verfahren gegen das Internetportal "Scharf-Links", die Verbreitung des Prozessberichts "Blind in Beugehaft" in unserer Ausgabe Nr.348 vom Juli letzten Jahres. In dem inkriminierten Text wurde ein Verhandlungstag im §129b-Prozess gegen dem Gefangenen Faruk Ereren, dem inzwischen die Auslieferung in die Türkei droht, beschrieben. Nuri Eryüksel hatte es abgelehnt, über die Strukturen der türkischen Exilorganisation Aussagen zu machen, weil er sich dabei selber belasten könnte. Das Gericht bestand aber auf seiner Zeugenaussage und erließ dann die Beugehaft, die noch im Gerichtssaal vollstreckt wurde. Dieses Vorgehen sorgte unter den ProzessbeobachterInnen für besondere Empörung, weil Nuri mehrere Jahre in türkischen Gefängnissen inhaftiert war und dort auch gefoltert wurde.

Er hat mittlerweile auch als Spätfolge der Folter sein Augenlicht verloren. Die Verhängung der Beugehaft wurde dann 4 Wochen später aufgehoben und vom BGH als rechtswidrig kassiert! Die ProzessbeobachterInnen der Roten Hilfe Düsseldorf-Mönchengladbach schreiben in ihrem Bericht dem zuständigen Richter nach der Verkündung der Beugehaft eine Bemerkung zu, die von vielen Ohrenzeugen als zynisch empfunden wurde. Dort soll der Richter mit Verweis auf Nuris Erblindung erklärt haben, dass er vielleicht in der Beugehaft zur Besinnung komme. Der Richter bestreitet diese Äußerung. Mehrere ProzessbeobachterInnen, darunter ein Anwalt und ein Vertreter des Komitees für Grundrechte und Demokratie können sich an eine von ihnen als zynisch empfundene Äußerung des Richters erinnern.

**Zur Kriminalisierung des Infos**
Der Staat versuchte seit 1989, also seit Bestehen dieser Zeitschrift, unter der Federführung der Bundesanwaltschaft und den Geheimdiensten durch rund 30 Verfahren, das "Info" mundtot zu machen. Das "Info" nannte sich anfangs "Hungerstreik Info" und nach dem Ende des Streiks "Angehörigen Info" und ab 2005 "Gefangenen Info" (GI). Von den 30 Verfahren endeten mindestens vier im Gerichtssaal vor der Klassenjustiz, die teilweise durch mehrere Instanzen gingen. Verurteilt wurden wohl mindestens 2 RedakteurInnen.
Im" Info" wurde und wird das staatliche Vorgehen gegen Gefangene kritisiert - statt die drakonischen Bedingungen samt den Sondergesetzen wie exemplarisch der §§ 129, 129a und 129b zu ändern bzw. abzuschaffen, reagierte der Staat zum Beispiel mit Verfahren nach §187 (Verleumdung) und "Staatsverleumdung" nach § 90a - oder es wurde ein §129a-Verfahren wegen "Werbung für eine terroristische Vereinigung" eröffnet, weil Erklärungen der RAF dokumentiert worden sind, die in Prozessen verlesen wurden. Weitere Anlässe z.B. waren Artikel, die die staatliche Version z.B. der Selbstmorde in Stuttgart-Stammheim am 18.10.1977 oder von Wolfgang Grams am 27.6.1993 in Bad Kleinen thematisierten und in Frage stellten.

**Zum Hintergrund des Verfahren:**
Hier in der BRD sind zirka 10 kurdische und türkische Gefangene wegen ihrer po-




litischen Arbeit verhaftet und isoliert. Diese Eingekerkerten sind durchweg 23 Stunden allein in ihrer Zelle, Briefe "verschwinden" oder werden beschlagnahmt, es hagelt Besuchsverbote und in Düsseldorf wurden Prozess-beobachter_innen verprügelt und zu Geldstrafen verurteilt. Der §129b-Gefangene Faruk Ereren bezeichnet das umfassende Isolationsprogramm als "Weiße Folter mit dem Ziel, uns zu zermürben". All das hat Ähnlichkeit mit den drakonischen Maßnahmen, denen die Gefangenen aus der RAF vor allem in den siebziger und achtziger Jahren ausgesetzt waren.
Die Anklagen gegen die anatolischen Menschen basieren häufig auf Foltergeständnissen aus der Türkei. Dass dort überwiegend gefoltert wird, ist bekannt. So haben in den Jahren 2006 und 2007 4.719 Menschen Klagen wegen Misshandlung, Folter und exzessiver Folter durch Polizei und Geheimdienste eingereicht.
Die Staatsschutzsenate in Stuttgart und Düsseldorf haben durchweg keine Probleme "Früchte vom vergifteten Baum", wie es der stellvertretenden Generalbundesanwalt Rainer Griesbaum ausdrückte, zu verwerten.
"Dies bedeutet nichts anderes als der Folter zuzustimmen und die Folterer zu ermutigen", wie der Gefangene Cengiz Oban, der zu Zeit wegen §129b in Düsseldorf vor Gericht steht, in einem Brief vom April 2009 feststellte.
Faruk Ereren, der ebenfalls wegen des §129b eingebunkert und in einem weiteren Verfahren in Düsseldorf vor dem Staatsschutzsenat abgeurteilt werden soll, droht die Auslieferung in die Türkei.
"Was mich erwartet, wenn ich in die Türkei ausgeliefert werden sollte, ist Repression, Folter und Haft bis zum Tod.", erklärte Ereren, der seit seiner Festnahme im April 2007 unter Isolationsbedingungen in Untersuchungshaft eingesperrt ist, vor Gericht.

Die Türkei ist ein wichtiger Partner für das expansive Nato-Bündnis. Die meisten Waffen werden übrigens von der BRD nach dort exportiert, was auch zeigt dass die BRD deswegen auch ein eigenes vitales Interesse hat, ihrer Bündnispartnerin dort und hier den Rücken frei zu halten. Von 2000-2007 wehrten sich tausende türkische und kurdische Gefangene im Hungerstreiks gegen die Folter "made in Stammheim". Über 120 tote Gefangene in diversen anatolischen Knästen kamen dabei ums Leben. Schon während des Hungerstreiks verlangte die Türkei von ihren Verbündeten das Verbot der Öffentlichkeitsarbeit in Europa. Die Folge waren die Razzien und Festnahmen 2004 in diversen Ländern Europas. Zusätzlich verlangt die Türkei die Auslieferung von zirka 300 kurdischen und türkischen AktivistInnen. Wie das exemplarisch. in der BRD abläuft: Der Verfassungsschutz Baden-Württembergs "warnt vor linksradikaler deutsch-türkischer Solidarität". (Bietigheimer Zeitung) Der VS bezog sich auf die Demonstration vom 5.7.2008 gegen die Kriminalisierung des migrantischen Widerstands und somit gegen die Terrorparagrafen §129a und b. Prompt gab es wieder 3 Verhaftungen im November 2008. Anfang des Jahres wurden wieder 2 türkische Menschenrechtsaktivisten verhaftet.

### Zurück zum Verfahren

In den 21 Jahren seit Bestehen des "Gefangenen Infos" hat es über 30 Versuche seitens des Staates gegeben, die Zeitung mundtot zu machen. In Anbetracht der Tatsache, dass linke Medienprojekte wie das "Gefangenen Info" keine kommerziellen Ziele verfolgen und somit nicht über ein dickes Finanzpolster verfügen, gleicht jeder Strafbefehl und jede Geldstrafe einem massiven Angriff, der die Existenz dieses Projektes gefährdet. Da diese repressiven Maßnahmen in erster Linie wirtschaftlichen Schaden anrichten und einschüchtern sollen, stellt sich uns die Frage, ob diese Maßnahmen nicht hart an der Grenze zur Medienzensur liegen. Neben der redaktionellen Arbeit musste die Existenz und damit das Fortbestehen des Infos auch immer vor dem Gericht verteidigt werden, um damit das Leben vor allem der Gefangenen aus der RAF vor staatlichen Übergriffen hinter Gittern zu schützen. Heute sind es vor allem Eingesperrten aus türkischen und anderen migrantischen Zusammenhängen, die diesen Sonderhaftbedingungen und -gesetzen ausgesetzt sind. Es bedeutet immer Kampf auf allen diesen Ebenen, den Weggesperrten einen unzensierten Raum zu geben für ihre politischen Vorstellungen bis hin zur ihrer Freiheit!
Mehr ist zu diesem Verfahren nicht zu sagen!"

### Zum Prozessverlauf

Der Richter in Berlin erklärte in der Urteilsbegründung, dass die Äußerungen nicht gefallen sind. Anträge des Rechtsanwalts von Wolfgang, Jürgen Schneider, zum Beweis des Prozessberichts, einen Verteidiger aus dem Düsseldorfer Verfahren zu laden, der sich auch an zynische Äußerungen des Richters erinnern kann, wurden abgelehnt. Vorher hatte der Anwalt anhand eines Artikels aus einer juristischen Zeitschrift nachgewiesen, dass z.B. ein Richter des Staatsschutzsenat Düsseldorf in seinen Vorworten zu seinen "Verurteilungen" oft rassistische Äußerungen von sich gibt. Daher wären auch die inkriminierten Äußerungen des Richters durchaus denkbar.
Im Verfahren wurde nicht die Verfolgung, Folterung und Abschiebungen von türkischen Linken thematisiert, stattdessen wurde diese berechtigte Kritik von der Klassenjustiz "abgeurteilt!"

### Solidarität und Ausblick

2 Tage vorher fand eine Veranstaltung statt. Zirka 30 Menschen besuchten den Prozess, darunter zwei Mitglieder des "Komitees für Grundrechte und Demokratie". Einige Aktivist_innen entrollten auf einer Kurzpressekonferenz vor den Toren des Berliner Amtsgerichts ein Transparent mit der Parole "Widerstand! Repression! Solidarität!" des "Netzwerks Freiheit für alle politischen Gefangenen". Der Gefangene Thomas Meyer-Falk schickte eine Solidaritätsadresse.

Die Redaktion hat gegen das "Urteil" Berufung eingelegt. Voraussichtlich wird im Herbst vor dem Landgericht Berlin das Verfahren beginnen.

Spendenkonto:
Gefangenen Info, Konto-Nr.: 10382200, BLZ: 20010020, Postbank Hamburg, Stichwort: Spende

# Jornades europees dòkupatio BCN 2010

## Bericht vom europäischen Besetzer_innentreffen in Barcelona

Die europäischen Besetzer_innentage in Barcelona vom 16.-20.Juni standen unter dem Motto Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft der Häuserbesetzung in Europa.
Barcelona hat mit weit über 100 Besetzten Häusern und Zentren eine aktive Besetzerinnen Szene.
Besetzt sind einzelne Räume, kleinere und grössere Stadthäuser, Villen, Industriegelände, im Fall der "KM" ein beeindruckender burgähnlicher Komplex mit Blick über die gesammte Stadt bis ans Meer.
Räumungen sind häufig und der Umgang damit reicht vom verlassen der Häuser vor dem Eintreffen der Polizei bis zu militantem Widerstand. Oft steht als Antwort eine Neubesetzung nach dem Motto "eine Räumung = eine Besetzung".
Die Stadt ist von aggressiven Gentrifizierungsprozessen betroffen, die gegen oft breiten Widerstand gnadenlos durchgesetzt werden.
Schwerpunkt des Treffens waren Austausch, Diskussionen und Vernetzung.
Auffällig war die breite Beteiligung aus 10 europäischen Ländern+USA und die beeindruckend gute Vorbereitung durch die Gastgeber_innen.
Themen waren u.a. :
- Gesetze und Interaktion mit der Macht
- Verhandlung contra Unverträglichkeit (Gefahren, Chancen, Konsequenzen)
- Besetzung als Werkzeug
- Widerstand (Formen, Optionen, Strategien, Konsequenzen)
- Lokale Kämpfe
- Widerstand gegen Strukturwandelprojekte
- Repression
- Systeme sozialer Kontrolle
"neue" Methoden der Identifizierung (DNA, Biometrics & co)
- Antiknastkämpfe

Ausgesprochen gelungen war die Überwindung der Sprachbarrieren durch Simultanübersetzung aller Beiträge in Englisch, Spanisch und Französisch durch ein Übersetzer_innenkollektiv.
Am Samstag zogen ca. 200 Teilnehmer_innen in einer erfrischend dynamischen und sehr aktiven Demonstration durch einige Stadtteile Barcelonas, die für besonders massive Räumungen und Gentrifierung bekannt sind.
Zu Beginn der Demonstration wurde ein geräumtes und zugemauertes Haus per Vorschlaghammer geöffnet und wiederbesetzt, auf dem Weg durch die Stadt wurden an geräumten Häusern und -Zentren Transparente angebracht, die Anliegen der Demonstration unübersehbar an Wänden hinterlassen, Gentrifizierungsträger, Banken und andere Ziele mit Farbe und entsprechenden Maßnahmen bedacht, Videokameras deinstalliert, auf den Vorplatz des Bezirksrathauses von Gracia ein ca. 10mx10m grosses Besetzer_innenzeichen auf den Vorplatz gemalt und die anrückende Polizei mit Farbe und anderem eingedeckt. Passanten wurden durch mitgeführte Transparente und Flugblätter informiert, was offensichtlich auf reges Interesse stieß.
Fazit::kraftvoll, rundum gelungen, nachahmenswert.
Übermittelt werden hiermit solidarische und kämpferische Grüße aus Barcelona an die Flora.

dokumentation
Wir haben in der Nacht vom 23. auf den 24. Mai 2010 die Polizeiwache in Hamburg Rissen mit Farbe, Steinen und Säure angegriffen. Die Wache war in der Nacht nicht besetzt.
Gleichzeitig wurden Autos der Firma Dussmann von Genossen lahmgelegt.
Gründe dafür gibt es viele. Wir wollen hier exemplarisch einen näher ausführen:
Am 27. und 28. Mai 2010 findet in Hamburg die Frühjahrskonferenz der Innenminister, die Innenministerkonferenz (IMK), statt. Seit 1954 findet die IMK zweimal jährlich in unterschiedlichen Bundesländern statt - dieses Jahr in Hamburg unter Vorsitz von Innensenator Christoph Ahlhaus. Die IMK beschäftigt sich hauptsächlich mit repressiven Themen wie "Ausländerrecht", "Terrorbekämpfung", Ausbau des Überwachungs- und Kontrollapparates und der Festigung der Macht- und Ausbeutungsverhältnisse nach Innen und Außen. Einer von Ahlhaus gesetzten Konferenzschwerpunkten dieses Jahr ist die Gewalt gegen Bullen und Einsatzkräfte. Unter den bisherigen Beschlüssen der IMK waren viele der rassistischen Sondergesetze zur Eindämmung von Migration und Aufenthaltsrechten oder eine Verschärfung und Ausweitung der Überwachungsmaßnahmen und Befugnissen von Polizei und Geheimdiensten: die verstärkte Videoüberwachung von Bahnhöfen, Plätzen, Stadien, die massive Ausweitung von Telekommunikationsüberwachung durch Polizei und Geheimdienste, die Vorratsdatenspeicherung und die Einführung eines biometrischen Ausweises.
Folgen der Politik der IMK sind deutlich:
Jeden Tag sterben Menschen an den Außengrenzen Europas. Jeden Tag werden Menschen in Folter, Tod und Hunger abgeschoben. Jeden Tag werden Menschen in Deutschland systematisch auf Grund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Sprache oder Kultur offen diskrimiert oder eingesperrt. Allein in den letzten Wochen starben zwei Menschen in Hamburger Abschiebehaft.
Deshalb wollen wir Herrn Ahlhaus nochmal erinnern: "Legitime" Gründe für "Gewalt" gegen Behörden, Reviere, Bullen und Einsatzkräfte gibt es zu Hauf; die Frage ist nur: Wann und wo entzündet sich der Funke?
Aufrüstung nach Innen und Abschottung nach Außen:
Während das soziale Klima im Innern immer repressiver wird, findet auch eine zunehmende Aufrüstung und Abschottung gegen Flüchtlingsströme an den Außengrenzen Europas statt. Im Innern wird ein Arbeitszwang propagiert, der teilweise schon durch die Arbeitsagenturen und Zeitarbeitsfirmen durchgesetzt wird. Es werden Demonstrations- und Meinungsfreiheit massiv eingeschränkt: mit verschiedensten Überwachungsmenachismen im öffentlichen und privaten Raum sollen alle Menschen diszipliniert werden. Es wird auf Abschreckung, Einschüchterung und Bestrafung gesetzt, um die Macht- und Ausbeutungsverhältnisse aufrechtzuerhalten oder auszubauen. An den Außengrenzen Europas lässt Frontex und die Bundespolizei Flüchtlinge ertrinken oder schickt sie in den sicheren Tod.
Viele deutsche Firmen - so auch Dussmann - profitieren von diesen repressiven und rassistischen Praktiken: Dussmann verdient zum Beispiel an der menschenunwürdigen Lagerunterbringung von Flüchtlingen unter anderem in den Lagern Motardstrasse in Berlin und Katzhütte in Thüringen. Das von der AWO betriebene Lager in der Motardstrasse wird von Dussmann mit Lebensmitteln übler Qualität versorgt.
Repression nach Innen und Krieg nach Außen verschwimmen:
Die Aufrüstung im Innern und die Abschottung der Grenzen nach Außen sind jedoch nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite derselben Medaille ist die Aufrüstung der Bundeswehr zu einer global einsetzbaren Angriffsarmee, welche die geostrategi-

schen Interessen der deutschen Wirtschaft weltweit durchsetzen soll. Schon jetzt führt die Bundeswehr im Interesse der deutschen Wirtschaft Krieg in Afghanistan und ist somit direkter Verursacher von Flucht und Migration tausender Menschen nach Europa. Sonderkommandos der deutschen Polizei arbeiten schon lange in Kriegsgebieten in Afghanistan, deutsche Polizisten bilden afghanische Truppen aus. Gleichzeitig übt die Bundeswehr Aufstandsbekämpfungsszenarien für Ballungsgebiete und wird regelmäßig im Innern als Polzeiunterstützung oder Katastrophenschutz eingesetzt.

Zivilmilitärische Zusammenarbeit oder der Wolf im Schafspelz:
Die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft hat unterschiedliche Facetten. Unter dem Stichwort "Zivilmilitärische Zusammenarbeit" wird ein Geflecht zwischen "zivilen" Firmen bzw. Einrichtungen und der Bundeswehr aufgebaut. So wird die Bundeswehr im Innern als Katastrophenschutz eingesetzt und übernimmt somit zivile Aufgaben. Gleichzeitig wird im Rahmen der Professionalisierung der Armee und aus wirtschaftlichen Gründen mehr und mehr der "zivilen" Bundeswehrinfrastruktur ausgelagert und von "zivilen" Unternehmen übernommen. Die Deutsche Bahn AG betreibt unter anderem schon seit 2002 die BWFuhrparkservice GmbH mit, welche den gesamten zivilen Fuhrpark der Bundeswehr verwaltet. Die Deutsche Post DHL (Deutsche Heeres Logistik) übernimmt seit 2002 den Versand von militärischer Ausrüstung bis zu 50kg für die Bundeswehr. Das Logistikunternehmen Hellmann ist seit 2002 für die Bereitstellung der Bundeswehruniformen und der ABC-Ausrüstung zuständig. Alle drei Firmen haben sich für den größten Privatisierungsauftrag der Bundeswehr, die Privatisierung der gesamten Logistik, beworben. DHL hat letzten November, auch aufgrund bundesweiter massiver Proteste, sein Angebot wieder zurückgezogen. Für deutsche Firmen ist das Geschäft mit dem Krieg und dem Tod eine sehr lukrative Geldquelle. Die zivilmilitärische Zusammenarbeit beschränkt sich allerdings bei Weitem nicht auf das Auslagern von Aufträgen. Das lukrative Geschäft mit dem Krieg wird regelmäßig hinter verschlossenen Türen in einer illustren Runde aus Militärs, Politikern und Wirtschaftsunternehmen verhandelt. Diese Kongresse sind unter anderem der "Sicherheitspolitische Dialog der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik" in Mainz, die "Handelsblatt Konferenz zu Sicherheitspolitik und Verteidigungsindustrie" in Berlin, die "Sicherheitskonferenz" in München, oder der "Kieler Trialog" in Kiel, welcher maßgeblich von der Commerzbank ausgerichtet wird.

Wir sehen uns als Teil einer auch militanten Bewegung gegen die zunehmende Aufrüstung nach Innen und Außen, gegen den Polizeikongress in Berlin, gegen die Sicherheitskonferenz in München, gegen die Innenministerkonferenz in Hamburg, gegen den Kieler Trialog, gegen DHL und Bundeswehr.

Wir glauben nicht das Ammenmärchen eines Mordkonstruktes bei Sachbeschädigung und Brandstiftung vor der Lerchenwache. Bullenwachen gehören behelligt ob mit Steinen, Feuer, Farbe oder Säure!

Solidarische Grüße an alle von Repression betroffenen GenossInnen.

Wir freuen uns über jeden Protest und jede Aktion gegen die Innenministerkonferenz und rufen dazu auf, diese mit allen Mitteln anzugreifen. Gleichzeitig wollen wir aber auch auf die Verbindungen der sogenannten Inneren Sicherheit und der Kriegstreiberei aufmerksam machen. Die Zivilmilitärische Zusammenarbeit zwischen "zivilen" Firmen und der Bundeswehr wird durch die voranschreitende Privatisierung der Bundeswehr immer bedeutender. Firmen wie DHL, Commerzbank etc. sind tief in Militärgeschäfte verwickelt. Ein wichtiger Termin für das organisierte Morden ist der Kieler Trialog vom 1. bis 3. September in Kiel.

Für eine herrschaftsfreie Gesellschaft! Für eine Welt ohne Grenzen! Soziale Kontrolle sabotieren, IMK und Kieler Trialog angreifen! Polizei und Bundeswehr angreifen! Überall!

Autonome Gruppe zur Erinnerung an die Toten
in Hamburger Abschiebehaft

(Quelle: Abendblatt Hamburg 25.5.2010)

anti-atom

# Ablass oder Konsens?

## Hauptsache es fühlt sich gut an

Es gab einmal.... einen Atomkonsens, der fühlte sich an wie ein Atomausstieg, und sicherte den Weiterbetrieb der Atomanlagen für viele, viele Jahre. Dann aber wurde die Regierung ausgewechselt, und die Besitzer der Atomanlagen riefen: was soll jetzt aus unseren Atomanlagen werden?

Was sich anhört wie ein Sommermärchen ist leider Atompolitische Realität. Jede Bundesregierung seit 1998 muss sich der Tatsache stellen, dass der großen Mehrheit der Bevölkerung ein Weiterbetrieb der Atomanlagen kaum nachvollziehbar erscheint. Da die Anlagen aber gleichzeitig einer nicht unwichtigen Lobby Milliarden Gewinne in die Kassen spielt, ist ein Ende der Atomalgen für Parteien kaum durchsetzbar. Die Lösung liegt für bundesdeutsche Regierungen nun darin, dass der Weiterbetrieb der Atomanlagen sich zumindest wie ein Atomausstieg anfühlen muss. Rot-Grün und Schwarz -Rot bemühten dafür die Figur der Restlaufzeit, die die trivialen Einsicht, dass Atomanlagen nicht ewig laufen werden, als politischen Erfolg vermarktete. Schwarz-Gelb schlägt da seit Beginn der Koalitionsverhandlungen 2009 einen anderen Weg ein. Die von der badenwürtembergischen Umweltministerin Tanja Gönner entworfene Doktrin lautet: für den Weiterbetrieb der Atomanlagen und die dadurch entstehenden Extraprofite müssen die Konzerne einen öffentlichen Ablass zahlen, der medienwirksam für regenerative Energien verwand wird.

Diese Figur lässt sich in drei Teile untergliedern, dem Weiterbetrieb, dem Ablass und den regenerativen Energien.

Zunächst zum Weiterbetrieb der Atomanlagen, den das ist der Kern des Projektes. Geschickt manövriert sich Umweltminister Norbert Röttgen innerhalb der CDU in eine Position die ihn als "Atomkraftgegner" erscheinen lässt. Dies ist notwendig, damit das später verhandelte Ergebniss sich zumindest so anfühlt als sei es ein Erfolg gegen die Atomlobby. Wichtig dabei ist jedoch, dass auch Norbert Röttgen keinesfalls die Atomanlagen sofort stillegen will, auch er spricht von einer Laufzeitverlängerung, und zwar um 8 Jahre (von 32 Jahren auf 40 Jahren!). Doch für die Atomjunkies innerhalb der Koalition scheint dies geradezu linksradikal zu sein, so dass sich der badenwürtembergische Ministerpräsident Mappus gar weigerte weiter mit Röttgen zu verhandeln. Vor dem Hintergrund dieses Theaters verschwindet damit völlig, dass die Bundesregierung die Laufzeiten der AKW auf jeden Fall verlängern wird.

Um diese zu vermittlen braucht es neben

einem Umweltminister der sich als "Feind der Atomlobby" geriert, noch einen öffentlichkeitswirksamen Ablass.

Lange wurde innerhalb der CDU über die Art und Weise des "Abschöpfens" der Gewinne verhandelt. Seit der Verkündung des "Sparpaketes" hat sich eine "Brennelementesteuer" als Mittel der Wahl durchgesetzt. Als Steuer ist sie ein erprobtes finanzpolitisches Format, dass von Jürgen Trittin entwickelt wurde, und somit die Opposition einbindet. Darüber hinaus ist ein "Steuern rauf für die Reichen" medial gut auszuschlachten. Wie schon bei Jürgen Trittin und Sigmar Gabriel, die es beide zum Parteivorsitz brachten, erweist sich die Energiepolitik erneut als Feld, auf dem Nachwuchspolitiker sich ihre innerparteilichen Sporen verdienen können. Das dritte Element der aktuellen atompolitischen Verhandlungen, die regenerativen Energien, sind nach dem Scheitern der Verhandlungen in Kopenhagen etwas in den medialen Hintergrund gerückt. Im Kern jedoch wird es dazu führen den vier großen Energiekonzernen durch Megaprojekte wie großen offshore Windparks und den "Wüstenstrom" des neokolonalen Desertec Projektes (RWE) ihre energiepolitische Dominaz auch über das Ende des nuclear -fossilien Zeitalters hinaus zu sichern. Noch mal zurück zum Anfang. Grund für all diese politischen Verrenkungen ist die Tatsache, dass der Betrieb von Atomanlgen in der brd nur schwer zu vermitteln ist, und dies ist nicht das Werk der Parteien, sondern von vielen tausend Menschen, die seit über drei Jahrzehnten in der Anti-AKW-Bewegung organisiert sind, und noch jeder Regierung den Marsch geblasen haben.

## Normalbetrieb

02.05.2010 Dehli
Ein indischer Schrotthändler ist beim Zerlegen einer Anlage der Universität Delhi so stark radioaktiv vergiftet worden, dass er an den Folgen starb. Am Donnerstag hatte die indische Polizei der Universität vorgeworfen, sie habe eine Maschine zur Bestrahlung mit radioaktivem Kobalt auf einem Schrottplatz entsorgt. Dadurch sei der 35-jährige Arbeiter tödlich verstrahlt worden, sieben weitere seien zur Behandlung ins Spital gebracht worden. Die schlampige Entsorgung der stark verstrahlten Maschine ist dabei nur die Spitze des Eisbergs: Physiker der Universität von Neu Delhi sollen vor zwei Jahrzehnten rund 20 Kilogramm Atommüll in eine Grube auf dem Hochschulcampus geschüttet haben. Es sei auf dem Hochschulgelände "einfach begraben" worden. Auch nach 20 Jahren müsse damit gerechnet werden, dass der Atommüll in der Grube auf dem Universitätsgelände noch radioaktive Strahlung verbreite. Quelle: http://www.20min.ch

04.05.2010, Belene
Aus Geldmangel hat Bulgarien die Bauarbeiten für das Atomkraftwerk Belene bis zum Einstieg eines neuen Investors komplett eingestellt. "Das Land hat kein Geld für ein Atomkraftwerk", sagte Regierungschef Bojko Borissow der Zeitung "24 Tschassa" (Dienstag). Bulgarien sucht einen neuen Investor für sein zweites Atomkraftwerk an der Donau, da der deutsche Energiekonzern RWE Ende 2009 aus dem Projekt ausgestiegen war.

21.05.2010 Chinon
In der Atomanlage Chinon im Westen Frankreichs hat sich ein Störfall ereignet. Ein Arbeiter sei mit einem radioaktiv verstrahlten Gegenstand in Berührung gekommen, teilte der Stromkonzern EDF am Freitag mit. Seine Hand habe dabei das bis zu Eineinhalbfache der jährlich erlaubten Höchststrahlendosis abbekommen. Der Mann habe auf einer Baustelle in der Atomanlage ein Stück Metall vom Boden aufgehoben, worauf sein Strahlenmessgerät angeschlagen habe, hiess es.

## Aktion

06.06.2010 Gorleben
800 Atomkraftgegner haben am Wochenende in Gorleben für den Atomausstieg und gegen Gorleben als Standort für ein nukleares Endlager protestiert. Im Anschluss an eine Kundgebung vor dem Tor des ´Schwarzbaus´ zog die vielköpfige Menge zu Sambaklängen um das Gelände des sogenannten Erkundungsbergwerks zu einer symbolischen Umzingelung. Die Polizei - rund 1000 Beamte waren im Einsatz - verhinderte, dass Traktoren den Demozug begleiteten. ´Schon das Anbringen von Transparenten wurde vn der Polizei unterbunden, es kam bei Nichtigkeiten wir Rütteln am Zaun zu Festnahmen, auf Seiten der Demonstranten wurden 12 Verletzte gezählt, Schläge in die Magengegend und blutige Ohren´, als ´überzogen und hypernervös´ kritisiert die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) den Polizeieinsatz.
Quelle: http://de.indymedia.org/

# Rote Flora im Juli

**Do 01.07. 20 Uhr**
**HC-Konzert**
**Comadre + Punch**

**So 04.07. 16 Uhr**
**Offener Hinterhalt**
**Jeden 1. Sonntag im Monat von 16-22 Uhr**

**Mo 12.07. 21 Uhr**
**Indie/Punk Konzert**
**Terror Bird Indie Pop/New Wave, Vancouver**
**sonic youth auf acid trifft new order. minus attitüde.**
**Meursault Folk-Punk, Essen**
**"used to be phil & aaron now it's just phil and anyone willing to shout around and stomp."**
**Make Out! Indie/NDW, Bielefeld**
**Geschredder a la alte Hans-A-Plast oder Zitronen**

**So 11.07. 16 Uhr**
**Antisexismuscafe**
**Jeden 2. Sonntag im Monat von 16-20 Uhr**

**Mo 12.07. 21 Uhr**
**HC-Konzert**
**DeadLockShows präsentieren:**

**THE VADERS (PUNK - IBBENBÜREN)**
**straigther straßenpunk mit hang zur melodie.**
**+ DRIFTWOOD FARYTALES (EMO AUS BERLIN)**
**indie-emo alter schule. gehn so in richtung texas is the reason, the promise ring...**

**Do 15.07. 23 Uhr**
**SubSpace (Electro/ Techno)**
**Jeden 3. Donnerstag im Monat**

**Fr 16.07. 21 Uhr**
**HC/Punk- Konzert**
**Fredag den 13:e (Crust/D-beat aus Göteborg)**
**+ Iron Lung (Powerviolence aus Seattle)**
**+ Shit Starter (HC/Punk aus Hamburg)**

**Sa 17.07. 22 Uhr**
**Elektro-Soliparty**
**Stoppt den Nazi-Terror!**
**National besetzte Zonen befreien!**
**Weitere Infos: Antifa Herzogtum Lauenburg**

**So 18.07. 17 Uhr**
**HC/Punk- Konzert**
**Right Idea (USA) + Best of me + tba**

**Di 20.07. 21 Uhr**
**HC/Punk- Konzert**
**Kongh (Sludge/Doom aus Schweden)**
**+ Mountain Witch (Doom aus Hamburg)**

**Fr 23.07. 21 Uhr**
**HC/Punk- Konzert**
**DubCafe- Soliparty mit den Resident Allstars (Riddim Band)**

**Sa 24.07. 19.30 Uhr**
**HC/Punk- Konzert**
**Solikonzert mit anschließenden Dj`s für angeklagte Aktivisten in Italien**

**Do 29.07. 21 Uhr**
**HC/Punk- Konzert**
**Agatha (heavy HC/Punk aus Mailand)**
**+ support**

## Vormerken:
## 04.09. Schanzenviertelfest

## Regelmässige Termine in der Flora

**Montag:**
Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr)
Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr
Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr
Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007)
Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum

**Dienstag:**
Dubcafé 19 - 23 Uhr

**Mittwoch:**
artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr

**Donnerstag:**
Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr

